

Sermannstädter Zeitung

vereinigt mit dem Siebenbürger Boten.

Erscheint mit Ausnahme des Sonntags täglich. Kostet für das halbe Jahr 5 fl., das Vierteljahr 2 fl. 50 kr., den Monat 85 kr.

Mit Postversendung halbjährig 7 fl. 50 kr., vierteljährig 3 fl. 80 kr. öst. Währ.

Redakteur: Heinrich Schmidt.

Nro. 170. Hermannstadt, Montag am 20. Juli.

1863.

Telegramm

der „Sermannstädter Zeitung vereinigt mit dem Siebenbürger Boten.“

Aufgegeben: Wien, 18. Juli, 4 Uhr, 20 Nachmittags.
Angelangt: 18. Juli, 6 Uhr, 40 Minuten Nachmittags.
In der Sitzung des Unterhauses am Samstag (18. Juli) interpellirt Potocki wegen des letzten Vorfalles bei der Pulverconspiration in Krakau. Kinsky interpellirt: auf welche Gesetzesbestimmungen hin Poleninterpellationen vorgenommen werden und welche internationalen Verpflichtungen dabei etwa maßgebend seien. — Die Petersburger Freitagstagspost bringt ein Kaiserdecret bezüglich der Recruitment im Monate November im Verhältniß: zehn von Tausend.

Oesterreichischer Reichsrath.

VII. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 24. Juli. (Schluß.)

Baron Linti spricht für das Princip der Geschäftsvereinfachung, weil die österr. Reichsrathsabgeordneten zugleich in anderen Vertrauenskörpern thätig sind und ihnen dies möglich gemacht werden müsse; hiernach wäre die Verhandlung im Plenum auf jene Grenzen einzuschränken, welche zweckmäßig erscheinen, ohne dem Recht der Mitglieder und der Öffentlichkeit Abbruch zu thun. Er entwickelt in dieser Beziehung Ansichten, welche er bei der Specialdebatte im Detail zur Geltung zu bringen versuchen werde. Würde aber keine Modalität gefunden, um die Verhandlung im Plenum zu kürzen, so werde er gegen die ganze Vorlage stimmen.
Abg. Kromer schildert, in wie vielen Beziehungen die Gesetzgebung noch zurückgeblieben sei; er finde es notwendig, daß der Reichsrath in dieser Beziehung die Initiative übernehme und daß an den legislativischen Arbeiten alle Befähigten sich betheiligen, auch die systematische Termination der Gesetze werde dadurch gefördert, wenn dem Ausschusse die beabsichtigten Anträge bekannt werden, bevor im Plenum darüber verhandelt wird.
Dr. Berger spricht gegen die Tagesordnung und behält sich vor, einige Amendements zu stellen, welche, den Parlamentarismus während, doch bedeutende Geschäftsvereinfachungen erzielen sollen. Er entwickelt dieselben in längerer Rede.
Professor Herbst: Gewisse große Gesetze werden nie zu Stande kommen, wenn nicht zu Auskunftsmittelel gegrieffen wird, so z. B. bei dem Strafgesetze. Hier werde nur dann etwas zu Stande kommen, wenn das Princip angenommen wird, daß Ausschüsse auch nach Schluß der Session fortbestehen und fortarbeiten können. Aber eine Sonderstellung solcher Ausschüsse, wonach dieselben mehr als andere Ausschüsse gegen Einwendungen im Plenum geschützt wären, könne er nicht befürworten und würden sie acceptirt, so müßte er gegen die ganze Vorlage stimmen. Man sei vorsichtig in der Wahl der Ausschüsse und der Ausschüsse wähle einen tüchtigen Berichtserichter, dann brauche man nicht zu fürchten, daß unrette Amendements Verlegenheiten bereiten werden und man habe dann nicht nöthig, Anträge unendlich zu machen, die vielleicht gefährlich wären. Die Wuth, Amendements zu stellen, hätte am sichersten eintreten müssen bei der Bankacte, welche die vitalen Interessen fast Aller berührte. Gerade bei kleinen Gesetzen werde viel gesprochen und werde man auch bei diesen den Schwerpunkt in die Ausschüsse legen wollen?? Selbst in jenem Land, wo man den Staatrath zum Gesetzgeber gemacht hat und nicht die parlamentarische Versammlung, selbst da habe man das Sprechen erlaubt und gerade dieses sei ein wesentlicher Motor des Parlamentarismus. Öffentlichkeit, wenigstens relative Öffentlichkeit der Ausschüßthätigkeiten, wäre jedenfalls zu empfehlen.

Auregungen.

Schicksale von Deutschen im nordwestlichen Texas.

(Mittheilung von Dr. C. F. Sintenis.) (Schluß.)

Die Deutschen hatten meist auf dem Bauch liegend geschossen, um sich nicht zu exponiren. Etwa im halben Gesichte erhob Hilmar Degener den Kopf um zu schießen, als ihn eine Kugel mitten auf den Schädel tödtlich niederstreckte. Sein Bruder Hugo wandte den Kopf nach ihm und bekam einen Schuß durch beide Backen unter den Augen her, der ihn vermuthlich blind machte. Er rang fast eine Stunde mit dem Tod und feuerte bis zum letzten Athemzug seine Cameraden an. Endlich erlag er seinen furchtbaren Qualen. Um ihn herum war die Erde zolltief mit den Nägeln aufgewühlt! — Ein anderer Siederbader, Albert Bruns, gehörte zu den acht, die dem Reite den Rückzug möglich machten. Alle acht wurden von den Rangern kaltblütig abgeschlachtet und nicht ein einziger überlebte. Einer der Entkommenen sammelte nach acht Tagen die Schädel — die Knochen hatten Wölfe längst von dannen geschleppt — und bedeckte sie mit einem Steinbügel. Dieser brave Mann heißt Kügler, gehört zu der ehemaligen Siederbader-Darmstädter Gesellschaft, und hat lange Zeit in Siederbade gewohnt. Er hat während des Geschehens und nachher einen seltenen Heroismus bewiesen. Wiewohl auf den ausgezeichneten Punkten stehend, während fast alle anderen lagen, bekam er nicht einen einzigen Schuß. Um ihn herum, zu seinen Füßen, lagen fünf Tode. Er war es, der den Rückzug anrieth und die sieben übrig gebliebenen verwundeten Gefährten ins sichere Versteck führte. Er selbst, einer der besten Schützen in Texas, erprobter Pfadfinder und unverwundet, hätte sich leicht allein retten können, doch hielt er muthig drei Wochen bei den Verwundeten aus, heilte sie alle und später haben sie alle ihre Flucht nach Mexiko bewerkstelligt. (Kügler verweilt noch in Monterey). Die Rangere hatten nicht den Muth, die in

Majoritäten könne es geben und das schade nichts, aber privilegierte Mitglieder dürfe es nicht geben und die wären vorhanden, wenn die Ausschüßanträge angenommen werden.
Die kräftigsten Mittel der Geschäftsvereinfachung könne nicht die Geschäftsordnung an die Hand geben; sie liegen in der rechtzeitigen Veröffentlichung der Entwürfe sammt Motiven (Beifall), damit nicht bloß die Tagesliteratur, sondern die wissenschaftliche Kritik sich ausdrücken könne in der Wahl entsprechender Ausschüsse ohne Rücksicht auf Parteistellung. (Beifall.)
Nachdem noch der Berichtserichter v. Waser in längerer Rede die Ausschüßanträge verteidigt hat, ergreift Se. Excellenz der Hr. Staatsminister v. Schmerling das Wort, um zu betonen, daß die Regierung, indem sie den im vorigen Jahre von Schindler und Genossen gestellten und von der Commission theilweise bereits berathenen Antrag aufnahm, sich damit in voller Uebereinstimmung mit dem Hause zu befinden vermeinte. In der Sache selbst sei die Vorlage eine solche, deren Annahme oder Ablehnung der Regierung gleichgültig sein könnte, wenn man die Regierung als eine vom Reichsrathe getrennte, ihm gegenüber stehende Körperschaft betrachtete würde; denn ihrer Macht geschehe durch die Ablehnung kein Abbruch, durch die Annahme kein Zuwachs. Allein die Aufgabe der Regierung sei eben dahin gerichtet, daß das Geschehe, was dem Reiche Noth thut, und da sie sich darüber nicht täuscht, daß auf dem Gebiete der Legislation umfassende Reformen durchgeführt werden müssen, so habe sie auch ein Interesse an der Behandlung der beuglichen Gesetze und somit auch daran, daß die Regierungsvorlage zur Beschlußfassung gelange.
Die Momente, welche sich die Regierung vor Augen gehalten hat, seien: Schaffung permanenter Ausschüsse; Verleihung gewisser Befugnisse für diese Ausschüsse und Erwägung der Frage, ob für diesen Fall nicht wieder eine gewisse Beschränkung der Verathungen des Hauses eintreten soll. Wenn die Regierung zugibt, daß permanente Ausschüsse eingeführt werden, so wird sie im Rechte sein, wenn sie glaubt, daß dieses Zugeständniß wieder durch eine Modification anderer Art ausgeglichen werden müsse. Den Ausschüssen solle vor Allem die Ruhe und Unbefangtheit der Verathung gewahrt werden, deshalb solle das Recht, Anträge zu stellen, nur bei der ersten und zweiten Lesung eintreten. Ob gerade eine der hier in Rede stehenden oder irgend welche andere Modification eintreten solle, das werde die Specialdebatte zeigen und in dieser Richtung behalte sich die Regierung die Rundgebung ihrer Meinung vor.
Der Antrag Mühlfeld auf Uebergang zur Tagesordnung bleibt in der Minorität. Schluß der Sitzung, nächste Sitzung morgen.

VIII. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 15. Juli.
Auf der Ministerbank: Schmerling, Mecisary, Laffer, Plesner, Wickenburg, Burger, Hein.
Nach Verlesung des Protocolls der letzten Sitzung wird die Zuschrift des Herrenhauses verlesen, mit welcher dasselbe dem Abgeordnetenhause das Heimathgesetz zur verfassungsmäßigen Behandlung überreicht. Folgt die Vorlesung der Einläufe und mehrerer Petitionen, darunter eine von Langewitz um Erlaubniß zur Abreise von Josephstadt nach der Schweiz.
Minister Plesner: Die Regierung beabsichtige, das Budget für 1864 in der heutigen Sitzung einzubringen. Um aber die Specialdebatte über die Regierungsvorlage nicht aufzuhalten, wird sie dasselbe in der nächsten Sitzung vorlegen.
Es wird zur Tagesordnung: zur Specialdebatte über den Gesetzentwurf betreffend der Geschäftsvereinfachung geschritten.
Gegen S. 1 spricht Kromer. Er beantragt die Streichung der S. 1 und 2 und deren Annahme nach der Regierungsvorlage.
Dr. Brinz meint: nicht der Umfang, sondern der Inhalt der Gesetze erfordere in sehr vielen Fällen, daß die Verathungen vereinfacht werden, um die Einheit und Harmonie der einzelnen Bestimmungen nicht zu

stören. Von den in der Regierungsvorlage erwähnten Gesetzen passe auf alle dieser Grundsat, mit Ausnahme des Strafgesetzes.
Graf Hartig schließt sich dem Antrage Kromers an, da die Regierungsvorlage die Gesetze ausdrücklich nennt, für welche das Gesetz Kraft haben soll. Es ist besser im Vorhinein die Gesetze im §. 1 zu specificiren, aber nicht auf eine Kammer. Uebrigens sei es gerade das Strafgesetz, welches Harmonie und Einheit notwendiger braucht, als manches andere Gesetz.
Berichtserichter Waser: verteidigt den Ausschüßantrag. Der Ausschüß sei von dem Grundsatz ausgegangen, die Autonomie der beiden Häuser so viel als möglich zu wahren. Das von Dr. Brinz angeführte Argument könne wohl nur auf Ausschüßcommissionen angewendet werden, aber nicht auf eine Kammer. Uebrigens sei es gerade das Strafgesetz, welches Harmonie und Einheit notwendiger braucht, als manches andere Gesetz.
Mühlfeld beantragt die Vertagung der Abstimmung über S. 1 und 2, bis über die andern §§. abgestimmt ist, bleibt aber mit dem Antrage in der Minorität.
Staatsminister Schmerling beruft sich auf das bereits gestern Gesagte, daß die Regierung sich so viel als möglich dem Antrage Schindlers und dem Elaborate des über diesen Antrag niedergelegten Ausschüßes angeschlossen habe. Im §. 1 dieses Elaborats sind die Gesetze-Entwürfe genannt, welche der Geschäftsvereinfachung zu unterziehen sind, die Regierung hat sich an diesen §. angeschlossen, denselben ganz aufgenommen. Wenn der Ausschüß glaubt, daß von Fall zu Fall darüber beschloffen werde, ob das Gesetz in Kraft zu treten hat oder nicht, so wird die Regierung übrigens dem nicht entgegengetreten, wenn die Majorität sich dafür ausdrückt. Bei der Abstimmung werden S. 1 und 2 nach dem Ausschüßantrage angenommen.
Gegen S. 3 spricht Linti. Er glaubt daß es zweckmäßiger sei, die Zahl der Ausschüßmitglieder zu normiren, wie es in der Regierungsvorlage der Fall ist, wo jedoch das Minimum von 5 zu klein scheint. Er beantragt, daß am Schluß des §. 3 gesetzt werde: einen Ausschüß von mindestens 9 und höchstens 15 Mitglieder.
Herbst nennt die Beschränkung und daher das ganze Amendement zwecklos, da das Haus gewiß nie mehr als 15 Mitglieder wählen werde, wie schon aus der bisherigen Gesetzentwurf hervorgeht.
Laffer schließt sich dem Ausschüßantrage in dem an, was Herbst gesagt. Er habe aber andere Wünsche. Es sei notwendig, daß wenn ein umfangreiches Gesetz eingebracht wird, auch die Motive angegeben seien, was die Verathung sehr erleichtert. Er beantrage daher, daß nach dem Worte: „Gesetzentwurf“ gesagt werde: „welcher stets mit Motiven zu versehen ist.“
Nachdem Linti und Herbst ihre Meinungen nochmals verteidigt und der Berichtserichter sich namentlich gegen Laffer's Antrag ausgesprochen, da derselbe ihm gar nicht in dieses Gesetz zu gehören scheine, wird zur Abstimmung geschritten und S. 3 nach dem Ausschüßantrage angenommen.
Gegen S. 4 spricht Herbst. Er habe sich bereits im Ausschüß gegen ausgesprochen, daß $\frac{2}{3}$ der Mitglieder zur Beschlußfähigkeit des Ausschüßes notwendig sein sollen. Er führt als Analogie den Ausschüß zur Controle der Staatsschuld an, der mit der Hälfte der Mitglieder beschlußfähig ist. Dies sei notwendig für den Fall, wo die Revision geschlossen und es oft vorkommen kann, daß Mitglieder abwesend und deshalb der Ausschüß nicht beschlußfähig ist. Er beantragt, daß statt $\frac{2}{3}$ gesagt werde „mehr als die Hälfte“, wie in der Regierungsvorlage (wird unterstützt).
Berger spricht für den Ausschüßantrag. Er glaube, das Haus werde nur solche Mitglieder in den Ausschüß wählen, welche nicht der Fähigkeit auch den guten Willen haben und stets anwesend sein werden.
Broche für Herbst. Die Erfahrung während der letzten Session hat gelehrt, daß trotz bestem Willen Ausschüßmitglieder vertheuert sein können, wodurch die Ausschüße die Beschlußfähigkeit verlieren.

Das Gebirgsdicht Oshonen zu verfolgen, sondern begnügten sich mit einem mißglückten Versuch, den Wald in Brand zu stecken.
Nach späteren Aussagen der Rangere war der vierte Angriff auf das Lager der letzte, den sie gemacht haben würden. Kein Fluß und Hege der Officiere würde sie zu einem fünften Angriff getrieben haben. Aber leider hatten sie nur acht sterbende Helben sich gegenüber. Zwei Tage lang war Kügler mit seinen Cameraden, die im Mundstücker lagen, ohne Wasser, da die Rangere sich so lange noch an dem einzigen Wasserplatz aufhielten. Fünf Tage lang hatten sie keine andere Nahrung als Cactusfrüchte, da Kügler wegen der Nähe der Rangere nicht wagen durfte, zu schießen. Am sechsten Tage brachte er den ersten Pater ins Lager. Mit dem sälemtigen kühlenden Saft der Cactusblätter und vermittelst einiger chirurgischer Operationen, die mit einem gewöhnlichen Waldmesser vollzogen wurden, heilte Kügler alle Wunden, versorgte die Gesellschaft mit Wildpret und Wasser, bis sie nach drei Wochen alle kräftig genug zum Marschiren waren. Sie begaben sich nun auf den Weg — nicht etwa nach dem Rio Grande — sondern nach ihren Farmen zurück, um sich mit frischen Pferden, Geld und allem Nöthigen zu versehen, und von ihren Familien — die meisten waren verheirathet — nochmals Abschied zu nehmen. Durch alle Rangerelager und ausgepostete Posten kamen sie glücklich durch, während ihres Aufenthalts zu Hause verreckten sie sich und kamen einen Monat später glücklich wieder bis an den Rio Grande, dießmal 17 oder 18 Mann stark. Während sie aber nach einer Furt suchten, wurden sie von Rangere überfallen und umzingelt, nahmen jedoch eine Position an, welche die Feinde vorläufig nicht angreifen wagten, und sprangen endlich, als um 11 Uhr Abends der Mond zum Vorschein kam, ins Wasser, ihre einzige Rettung, da die Rangere Verpfändung erhalten hatten. Der einzige Verwundete, den sie hatten und der schon Stunden lang am Boden gelegen hatte mit einem Lungenstich durch Brust und Rücken, sprang seinen Cameraden nach und erreichte glücklich das andere Ufer, starb aber bald darauf. Der Rio Grande war an der Stelle nur 4 bis 5 Fuß tief, aber breit und so furchtbar reißend, daß sie erst eine halbe Meile weiter unten landeten. Sechs erkrankten im Fluß.

Von den etwa 30 Mann, die bei dem Gescheh am Nueces gleich anfangs ausgerissen waren, entkam fast kein einziger. Siebenzehn wurden in der Nähe von Friedrichsburg erhängt gefunden, der eine oder andere war verhungert sein, ein einziger, der den Kampf mitgemacht hatte, verwundet war und sich nicht zu seinen Cameraden finden konnte, fiel einige Tage später halbverhungert in die Hände der Soldaten und hielt noch in Gefangniß zu San Antonio. Er ist ein Darmstädter und heißt F. Simon. Sein Urtheil ist unter Siegel nach Richmond geschickt worden.
An der Leiche von Hugo Degener war ein Brief seines Vaters an einen Bekannten in Deutschland gefunden worden, worin er seinem Herzen in Bezug auf terranische Zustände unumwunden Luft gemacht hatte. Niemand hatte an die Möglichkeit eines unglücklichen Ausgangs der Expedition gedacht, und Degener betrachtete dies als eine ganz sichere Gelegenheit, Briefe nach Deutschland zu befördern. Wiewohl er so vorsichtig war, seinen Namen am Ende des Briefes nicht zu unterzeichnen, wurde er doch sofort gefänglich eingezogen. Um ihn vor dem Aufhängen „auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege“ zu bewahren, begleitete ihn sein Schwiegerjohn Rhodius von Siederbade bis San Antonio. Erst im Gefangniß erfuhr Degener die Ursache seiner Verhaftung und das schreckliche Schicksal seiner Söhne. Sieben bis acht Wochen saß er in strenger Haft und nur der Gütlichkeit seines Advocaten, der für diesen „Job“ Degener's ganze vorjährige Ernte erhielt, gelang es ihn gegen 5000 Dollars Caution für ruhiges Verhalten frei zu machen. Degener hatte seine Farm für immer verlassen und lebt mit seiner Frau und seinem fünfzehnjährigen Sohn Hans zu San Antonio in kümmerlichen Verhältnissen. Er ist ein ruhmreicher Mann. Seine Frau ist in wenigen Tagen um viele Jahre gealtert.
Refer! das ist Sklavenhalter-Rebellion in der Nähe gesehen. — Der Rest ist Schweigen!

auch unter dem Schatzpreise hinter sein Verbleiben.
am 11. Juli 1863.
K. priv. Marktgericht.

Kuratel.

Edict.
des Stadt- und Stuhls-Magistrates Hermannstadt, vom 19. Juni 1863, Michael Karoli aus Talmatsch, wegen Kuratel gestellt.
dem Beifügen zur allgemeinen daß demselben von diesem Stadt- als Kuratelsbehörde Michael Lang, als Curator bestellt wurde.
am 5. Juli 1863.
Stadt- und Stuhlsgericht.

Advokation.

Edict.
und Stuhlsgerichte Hermannstadt, es sei am 23. März 1860 anmann in Földvár, ohne Hinterlassung Anordnung gestorben. Da Anhalt der Erben Waszilio und Advar unbekannt ist, so werden dieselben binnen einem Jahre von dem Tage an, bei diesem Gerichte Erberklärung anzubringen, widrigenfalls mit den sich meldenden Erben Abwesenden aufgestellten Curator Földvár, abgehandelt werden würde.
am 2. Juni 1863.
Stadt- und Stuhls-Gericht.

00 fl. werden am 1. September 1863, an Ort und Stelle gerichtl. (Nr. 256.)

omitatgerichte in Sächsisch-Regen wer einer Aerial-Federung der 391 fl. die der Familie Trutza in O.-Balkony, Beschluß am 21. Juli 1. J., an falls unter dem Schatzungswerte sein (Nr. 260.)

erfahren. Forderungen an das dem Vermögen des Kaufmannes 27. August 1. J., beim Magistrate bringen und wurde die Tagung zur September 1. J., festgesetzt. (Nr. 256.)

Magistrate wurde das über das Vermögen Pankas János eingeleitete Vertheilung übergeben. (Nr. 260.)

ollierung. Beim Kaufmännischen Merza G. & Co. mit dem Geschäftsbeuwaren-Handlung protokolliert. (Nr. 261.)

annoncen.

annoncirt, welche das Publikum an u. dgl., oft mehrere Thaler verschiedenen Instruktionen für ergänzt und vervollständigt und angarten, aus welchen sich ein rt. Dieses 128 Druckseiten t das „Nebenverdienst suchende täglichen Beschäftigungsarten zu und welche für die verschiedenste zu festspieligen und proklesig sehr hohen Gewinn bietet. überhant und ist nur zu be- Georg, Brunnenstraße Nro. 26 3-3

Impfungs-Institut.

hat sich die traurige Erfahrung gewöhnliche Impfmethode, wo einem menschlichen Organismus gen wird, nicht dieselbe Schutz- echte Kuhpockenlympe (die von t) anterselbst den Impfling noch t der Impflympe andere Krank- bekommen (Syphilis, Strophel), tterium des Innern veranlaßt, en mein Impf-Institut zu subven- pfung mit echter Kuhpocken- Der h. niederröster. Landtag chäftigsten Relationen über e Subvention genehmigt. Das hat mit Erlasse vom 6. Dec. Impfpunkte beantragt, Impfungen rievierter Kuhpockenlympe vorzu-

mphe wird auf Verlan- gen portofree Einsen- 5 ft. 5 W. per Pstote A. M. D. Lowy, rector und Instituts-Inhaber, rthiliger Hauptstraße Nr. 41, Hof zum „goldenen Kreuz“

Inserate aller Art werden in der **Steinhau-** sen'schen Buchdruckung angenommen. In der Land bei den **Steinhau-** Haafenstein in Hamburg - **Steinhau-** und Frankfurt a. M., und Annoncen-Bureau v. Allen & Fort in Leipzig.
Das einmalige Einrücken einer einseitigen Garmondzeile kostet 7 fr., das 2. Mal 6 fr., das 3. Mal 5 fr. 8. W. excl. der Stempelgebühr à 30 fr. Eigenthümer u. Verleger: Th. Steinhaußen.

Demel erklärt sich für Berger, warnt das Haus, einen Beschluss zu fassen, bevor nicht ausgesprochen, ob der Ausschuss die Prätrogative hat, welche ihm die Regierungsvorlage gibt.

Herbst. Es sei oft vorgekommen, daß ein fehlendes Mitglied Beschlusfähigkeit herbeiführte, wodurch die Arbeiten auf Wochen unterbrochen waren.

Bei der Abstimmung wird §. 4 nach dem Ausschussantrage angenommen.

Dr. Berger. Er habe gestern von den Vortheilen einer Principienrede gesprochen. Erst in neuerer Zeit haben sich Rittermayer und Robert von Mohl für dieselbe ausgesprochen. Er stelle daher das Amendement, nach §. 4 folgendes als §. 5 einzuschalten: „Das Haus kann zunächst beschließen, daß der Ausschuss vorerst seinen Bericht über die in dem Gesetzentwurf ausgeführten und im Gesetze auszuführenden Grundsätze zu erstatten habe. Auf die Beratung des Ausschusses hierüber findet der §. (5) des gegenwärtigen Gesetzes keine Anwendung und der vom Ausschuss erstattete Bericht ist nach der bestehenden Geschäftsordnung zu behandeln“ (unterstützt).

Berichterstatter Wajer: Rittermayer und Mohl seien selbst in neuerer Zeit von der Ansicht abgekommen, daß Principienredatten das Verfahren abkürzen. Und Wächter, eine allgemein anerkannte Autorität, spreche sich vollkommen dagegen aus. Uebrigens forde der §. 23 der Geschäftsordnung dafür, denn dort heißt es, daß der Ausschuss berechtigt ist, wenn es ihm notwendig scheint, eine Vorfrage an das Haus zu stellen, welche zur Debatte gelangt. (Möher schließt unter Beifall.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag Berger mit allen gegen 5 Stimmen abgelehnt.

Gegen §. 5 spricht Baron Ingram. Ihm scheine es für die Ausschussarbeiten hinderlich, wenn jedes Mitglied des Hauses das Recht haben soll, im Ausschuss zu jeder Zeit Amendements einzubringen, weshalb er sich für die Regierungsvorlage erkläre, welche bestimmt, daß bei erster Lesung jeder Abgeordnete, bei der zweiten aber nur über Einladung erscheinen kann.

Linti sagt: die Ausschussarbeiten seien in gewissen Stadien vertraulich, namentlich bei Schlussberatungen und da sei es für die Arbeit des Ausschusses gewiß förderlich, wenn er seinen vertraulichen Charakter behält. Er beantrage daher, daß in der ersten Alinea zwischen den Worten „Ausschussberatungen“ und „beizubehalten“ eingeschaltet werde: „mit Ausnahme der Schlussberatungen und der Abstimmung;“ in der 2. Alinea, wo von dem Zeitpunkt der Ueberreichung der Anträge die Rede ist, sei statt: „vor der Schlussberatung“ zu sagen „bis zur Beendigung der zweiten Lesung.“ Die Anträge werden nicht unterstützt und entziehen sich daher der Debatte.

Dr. Wrinz warnt das Haus davor, die Befugnisse der Ausschüsse zu erhöhen, weil dadurch die Prätrogative des Hauses geschwächt werden.

Herbst verwahrt den Ausschuss dagegen, als hätte dieser die Befugnisse des Ausschusses erhöhen wollen.

Berichterstatter Wajer schildert die ganze Frage als eine unheilbare Krankheit. Die größten Autoritäten hätten keine Mittel dagegen gewußt, und ihre Recepte wiederholt gemischt, man möge es also dem Ausschusse zu Gute halten, wenn er mit dieser Bestimmung nicht etwas Vollkommenes bietet.

Staatsminister Schmerling: Gegen die Wahl ständiger Ausschüsse werde die Regierung keinen Anstand erheben, es müssen aber dann die von der Regierung vorgeschlagenen Modificationen (§. 6-9 der Reg.-Vorlage) eintreten, welche beinahe wörtlich der Redaction nachgebildet sind, die der Ausschuss über den Schindler'schen Antrag vereinbart hat. Man wolle die Verantwortlichkeit der Ausschussberatungen, aber man müsse den Ausschüssen die nötige Ruhe und Ruhe bei ihrer Beschäftigung gönnen und es müssen Zeitabschnitte eintreten, wo sie sich ganz ruhig nur auf den Kreis der Erörterung des Gegenstandes beschränken können. Man sollte wohl erwägen, ob es angezogen sei, von der sachgemäßen, seit einer Reihe von Jahren in allen constitutionellen Staaten bestehenden Uebung abzugehen, wonach die Ausschussberatungen vertraulich sind. — Die Institution des ganzen Hauses als Comité habe die Regierung in ihrem Geschäfts-Ordnungs-Entwurfs berücksichtigt, das Haus selbst aber habe davon in der von ihm ausgearbeiteten Geschäftsordnung Umgang genommen. Der Anschauung des Dr. Herbst stimme er bei, daß man dem Hause mit Vertrauen entgegen kommen solle; aber wenn man Gesetze machen will, komme es auf die Frage des Vertrauens oder Mißtrauens nicht an. Wir haben es auf die Frage des Vertrauens oft erfahren, daß wenn Gesetze eingebracht oder Beschlüsse gefaßt wurden, in denen etwas Verleidendes für die Regierung erkannt werden konnte, die Redner des Hauses immer die Verächtlichkeit beigefügt haben, dem gegenwärtigen Ministerium, daß sie als ein verfassungstreues erkennen, seien derlei Beschlüsse in keiner Weise gemeint, aber man wisse nicht, wer in der Folge der Zeit in die Ministerbank einnehmen werde und in der Richtung müsse sich das Haus schütten. In ähnlicher Weise sieht es heute. Wenn die Regierung dem Hause gewiß mit allem Vertrauen entgegenkommt, so machen wir eben auch für die Zukunft Gesetze, daß aber bei einem ständigen Ausschusse, dem eine fast unbedingte Verantwortlichkeit seiner Verhandlungen zugehören würde, doch denkbare Gefahren entstehen können, wird jeder umsichtige Staatsmann in Erwägung ziehen.

Bei der Abstimmung wird §. 5 nach der Fassung des Ausschusses angenommen.

Zu §. 6 bringt Baron Linti einverständlich mit Dr. Berger ein Amendement ein, dahin gehend: sobald die Schlussberatung des Ausschusses erfolgt ist, erstattet derselbe den Bericht an das Haus; eine Specialdebatte findet statt, wenn ein besonderer Antrag einer Minorität des Ausschusses vorliegt, wenn ein Drittel der Mitglieder des Ausschusses die spezielle Beratung bestimmter Punkte im Ausschussberichte verlangt, oder wenn im Herrenhause (unterstützt von 20 Stimmen) oder im Abgeordnetenhause (unterstützt von 40 Stimmen) die spezielle Beratung beantragt wird. (Dr. Berger wünscht 15 und beziehungsweise 25 Stimmen.) Abänderungs- oder Zusatzanträge dürfen nicht eingebracht werden, wenn sie nicht dem Ausschusse übergeben oder von demselben verworfen worden sind oder in der angebotenen Weise unterstützt werden. Dem Antragsteller ist das Wort zu geben, dann erst die Unterstützungsfrage zu stellen und hierauf nach der Geschäftsordnung weiter vorzugehen.

(Das Amendement wird unterstützt.)

Abgeordneter Dr. Schindler unterstützt den Antrag des Ausschusses zu §. 6 und entwickelt die Gründe, aus welchen er dasjenige, was er vor einem Jahre zweckmäßig fand, heute nicht mehr zweckmäßig finden könne. Einerseits solle eine Beschränkung der Functionen eines Hauses nur aus dessen Initiative hervorgehen, andererseits habe er sich überzeugt, daß eine gewisse Redlichkeit, wie sie sich Anfangs geltend machte, nicht mehr wiederkehrt sei. Offenbar hatte die Regierung den Wunsch, das Zustandekommen großer Gesetze zu fördern; eine Schwächung der Prätrogative des Hauses dürfe er bei einem Ministerium nicht voraussetzen, welches in der Geschichte der, so Gott will, unermesslichen und glücklichen Tage Oesterreichs unter dem Namen des Ministeriums Schmerling verzeichnet ist. Er empfehle den Ausschussantrag daher, nicht bloß dem Wohlwollen des Hauses, sondern auch jenem der Regierung.

Dr. Berger unterstützt das Amendement Linti mit der angekündigten Modification.

Nach kurzer Unterbrechung erklärt der Berichterstatter, daß der Ausschuss einhellig beschlossen habe, das Amendement nicht zu empfehlen und zwar aus bereits entwickelten Gründen.

Bei der Abstimmung wird der Ausschussantrag mit Majorität angenommen. Die Amendements Linti und Berger werden abgelehnt.

Die §§. 7, 8 und 9 werden ohne Debatte angenommen, zu §. 10 beantragt Dr. Groß die Streichung der dritten Alinea, welche nach dem

Ausschussantrage lautet: Ausschüsse, die ihre Thätigkeit nach der Session des Reichsrathes oder während dessen Vertagung beginnen oder fortsetzen, dürfen aus höchstens 15 Mitgliedern bestehen.

Dr. Mühlfeld wünscht bloß die Begleitung der Worte: „während dessen Vertagung.“ (Wird nicht unterstützt.)

Dr. Praxal ist gegen die Zulässigkeit von Permanenz-Commissionen, weil der Schwerpunkt der Gesetzgebung nicht in die Ausschüsse verlegt werden solle, welche gewissermaßen die Erben des engeren Reichsrathes wären.

Dr. Demel wird ebenfalls gegen den §. stimmen, aber nicht aus einer Defizienz für das Octoberdiplom, sondern bloß deshalb, weil dann die Ausschüsse von dem Einflusse des Hauses isolirt dastehen würden.

Berichterstatter erklärt, man wolle nicht ein Parlament aus dem Parlamente schaffen und eben deshalb sollen die Ausschüsse, welche nach Schließung der Session fortarbeiten, nicht aus mehr als 15 Mitgliedern bestehen. Bei der Abstimmung werden die beiden ersten Abtheile mit 67 gegen 44 Stimmen, Alinea 3 mit mehr als 70 Stimmen angenommen.

§. 11 bis zum Schlusse werden ohne Debatte angenommen, es wird beschließen, zugleich die dritte Lesung vorzunehmen.

Diese erfolgt und wird bei derselben das ganze Gesetz mit Majorität abgelehnt.

Schluß der Sitzung 2 Uhr, nächste Sitzung Freitag 10 Uhr.

Zum Landtage.

Es ist das Gerücht verbreitet, die Landtagsdeputirten magyarischer Nationalität würden Hermannstadt verlassen, und sich an den Verhandlungen des siebenbürgischen Landtages gar nicht betheiligen. Eine Unterhändler hält dieses Gerücht durch den Umstand, daß die Ungarn bis zum heutigen Tage noch nicht im Landtagssaale erschienen sind, ja, daß sie auch auf die Möglichkeit, an den Arbeiten der Verifications-Ausschüsse Theil zu nehmen, verzichtet zu haben scheinen.

Wir wissen nicht und können nicht wissen, ob das Gerücht zur Wirklichkeit werden wird. Sollte sich daselbe bewahrheiten, so könnten wir nur tief bedauern, daß eine so große Summe von Capacität und Patriotismus dem Landtage entzogen würde.

Der sieben. Landtag aber würde auch in diesem traurigen Falle seine Thätigkeit unbeeinträchtigt und ununterbrochen fortsetzen, so lange er beschlußfähig bleibt, und 91 Mitglieder derselben haben bereits das Angehörige geleistet und Mehrere werden noch erwartet.

Freilich, sagt man, ja, aber dann werden nur die Sachsen und Rumänen verhandeln, und die Sachsen sind in der Minorität und der Willkür und der Vergewaltigung der rumänischen Majorität preisgegeben.

Dazu wollen wir für's Erste bemerken, daß die Sachsen in Siebenbürgen sich seit Jahrhunderten in der Minorität befinden, und daß sie aber trotz dem noch immer bestehen.

Dann, daß wenn die Sache der Sachsen eine gerechte ist, sie durchbringen muß trotz der rumänischen Majorität.

Ferner, daß Ansichten, Wünsche und Interessen der Sachsen vielfach mit jenen der Rumänen übereinstimmen.

Weiter, daß die Führer der Rumänen die Ueberzeugung nicht von sich weisen können, daß nur die weiseste Mäßigung einen Erfolg diesem Landtag und also auch ihren berechtigten Wünschen bereiten könne.

Endlich, daß der siebenbürgische Landtag nur der eine Factor der Gesetzgebung ist.

Es ist uns ein Aufsatz eingekendet worden, der eine „Lösung“ der bermaligen Wirren in Aussicht nimmt. So sehr uns derselbe überreicht hat, so drastisch und der gemachte Vorschlag erscheint, für welchen wir keinerlei Verantwortung übernehmen wollen; so soll doch nicht von uns gesagt werden, daß wir Etwas von der Hand gewiesen hätten, was auch nur als Versuch zu einer Veröhnung, zu einem Ausgleich gelten will. Aus diesem Grunde geben wir dem nachstehenden Aufsätze Raum in unserm Blatte:

(Eingekendet.) Auch eine Landtagsfrage.

In welchem Verhältnisse immer die drei Nationen Siebenbürgens zukünftig untereinander stehen mögen, naturgemäß wird immer den Sachsen die Rolle des versöhnenden Elementes zufallen. Als entschieden ewig in der Minorität, können die Deutsch'n schon mit Rücksicht auf den cosmopolitischen und harmlosen (jämmer) Grund ihres Characteres bei den Nationen nie die Furcht vor einem Uebergewichte des sächsischen Elementes in Siebenbürgen erwecken, während dagegen von nun an die Reunibahn zum ununterbrochenen Bestehen und das Primat für Ungarn und Rumänen eröffnet sein wird. Soll in diesem Streite das eigentliche Wohl des Vaterlandes und seiner Völker nicht vernachlässigt bleiben, so werden die Sachsen versöhnend zwischen die Streiter sich stellen müssen, in jedem Augenblicke, wo die höhern Ziele des Volkswohles eintüchtig Handelns erheischen. Gegenwärtig zwar wird der Sachse von beiden Nationen so einmüthig angefeindet, fast als ob er ihnen gefährlich sei oder doch werden könnte; doch das ist noch ein Rest aus der Zeit, wo der ungarische Adel im sächsischen Bürgervolke ein verachtetes aber festes Bollwerk gegen seine Magyarisirungstendenzen bekämpfte und wo der rumänische Jobagg im Sachsen den einzigen ständlich berechtigten Bürger und Bauern benedete, und auch aus der Zeit, wo eine verwaltungslustige Bureaucratie der Zwillingbrüder des Deutschthums zu sein schien. Das wird aber sich ändern und klären, sobald das Banner einer nicht nach Stand, nicht nach Sprache, nicht nach Religion fragenden Gleichberechtigung über dem Lande weht. Dann wird es sich auch bald zeigen, welche ein Glück es ist, daß in Siebenbürgen nicht auch bloß zwei, sondern drei Nationen um Gleichberechtigung ringen. Spätere 300 Jahre in Siebenbürgen nur zwei Glaubensbekenntnisse und die Herrschaft gestritten, wahrlich ich zweifle daran, daß der Toleranz abwendende Beschluß des Landtages in Marosch-Bärschely zu einer Zeit zu Stande gekommen wäre, wo noch im übrigen Europa die kirchlichen Autokraties in schonster Blüthe standen. So hoffe ich, soll auch das National-Toleranz-Patent in Siebenbürgen früher zur Wahrheit werden, als in den Ländern, wo bloß zwei Nationen um die Präponderanz streiten, weil wir hier ein drittes, ein vermittelndes Element haben.

Ist scheinen unsere süßen ungarischen Brüder es noch schwer zu verwinden, daß sie nicht mehr absolute Majorität sein sollen, noch scheinen sie nicht mehr hinreichende Uebung zurzuerkennen, auch auf der Seite der Minorität zu kämpfen, und so mag es kommen, daß sie so lange vor einer großen Frage schwankend und zögernd stehen: sollen sie das Gelöbniß ablegen, um in den Landtag einzutreten und protestiren zu können, oder sollen sie durch einfaches Ausbleiben ihren Protest der Welt manifestiren? Da drängt sich uns die Frage auf: ist nicht jetzt schon einer jener Augenblicke da, wo die Sachsen vermittelnd dazwischen treten sollten, wo sie den Ungarn die Hand reichen sollten, um ihnen über die Klippe hinüber zu helfen, selbst auf die Gefahr hin, daß die dargereichte Hand zurückgewiesen würde. Denn das muß zugegeben werden, vom Standpunkte, den nun einmal die magyarische Partei eingenommen hat, können die Ungarn am jetzigen siebenbürgischen Landtage nicht theilnehmen, ohne zuvor ihrem politischen Gewissen, das in solchen Sachen sehr scrupulös zu sein scheint, durch einen Protest gegen die illegitime Zusammenberufung des Landtags Genüge geleistet zu haben. Wie, wenn nun die Sachsen den Ungarn die Anbringung ihres Protestes gegen allfällige Consequenzen des jetzigen Octobers erleichtert oder ermöglichten? Nach der provisorischen Geschäftsordnung könnte dies nur auf die Art geschehen, daß die ungarischen Vertreter ihren

Protest etc. im Bureau des Landtagspräsidenten niederlegten. In der nächsten Sitzung könnte der Präsident den Landtag von diesem Proteste benachrichtigen, und da würde es dem dem versöhnlichen Charakter der Sachsen am besten entsprechen, die vollständige Aufhebung dieses Protestes zu verlangen.

Hieburch dürften den Ungarn die Fortsetzungen des Landtags erschlossen sein, denn dann könnten sie, welche sich doch an den Landtagswahlen activ und passiv betheiligt haben, auch das Gelöbniß ablegen, — wenn sie wollen, — erscheinen die Ungarn auch dann nicht, und wäre es ihnen bloß um die Verlesung ihres Protestes im Landtage zu thun gewesen, so wird deshalb doch auf das Behalten der Sachsen auch nicht der Schatten eines Vorwurfs fallen können, im Gegentheil wird ihnen dadurch der Weg zur Verständigung mit den Ungarn auch für die Zukunft geöffnet bleiben.

Die Bildung der zukünftigen Landtagsbeschlüsse aber wird durch den ungarischen Protest nicht im Geringsten abgeändert werden. Denn nicht von der Theilnahme oder von der Seccession einer Minoritäts-Partei wird die Bedeutung dieses Landtags für die Zukunft abhängen, nur in sich selbst und in der Sach-, Zweck- und Zeitgemäßheit seiner Beschlüsse liegt für ihm die Wichtigkeit bleibender Erfolge. (Siehe österr. Reichsrath und seine Wirksamkeit trotz der leeren Bänken auf der rechten Seite, trotz Protest etc.)

Vorläufig aber, so lange es nicht factisch ist, zweifeln wir daran, daß den ungarischen Vertretern nicht jede passende Gelegenheit ermunstet wird, im jetzigen Landtagssaal mitzutragen und daß sie Gleichgültigkeit genug im jetzigen Landtagssaal zeigen, die rumänischen Vertreter ohne ihre Mitwirkung über sich beschließen zu lassen. Denn noch können wir es nicht glauben, daß die Ungarn nur in Siebenbürgen starr und unbeugbar am Principe der Legitimität festhalten sollten, während sie sich sonst überall ihres rücksichtslosen Liberalismus zu rühmen wissen, der zum Beispiele auch im Jahre 1848 alle ständischen Vorrechte mit einem Schlag niederzureißen den Muth hatte.

Noch können wir es nicht glauben, daß die Ungarn, welche nirgends ein Hehl machen aus ihren Sympathien mit allen europäischen, auch nicht europäischen Völkern, die in freier Selbstbestimmung die Willkürherrschaft einer legitimen Regierung abgeschüttelt haben, nur in Siebenbürgen dem fait accompli, daß die Mehrzahl der Bevölkerung ein selbständiges Großfürstenthum will, schon ermordete oder todtegeborene Decrete entgegenhalten wollten. Auch können wir es nicht glauben, daß die Ungarn an einer ersprießlichen Thätigkeit des jetzigen Landtags zweifeln sollten; denn sie wissen es auch, daß Sachsen und Rumänen ihre fähigen Männer hineingeschickt haben. Oder sollten sie wirklich, wie der böse Leumund ihnen nachsagt, auf auswärtige Verwicklungen ihre Hoffnungen bauen und mit der Revolution coequettiren? Wohl wahr, ein Krieg oder eine Revolution werden die constitutionelle Saat, die jetzt in Oesterreich ausgestreut worden, in der Entwicklung beeinträchtigen, so wie wenn über die Herbstfaat der Novemberwind dahinjagt und der Winter Schnee sie deckt; aber hier wie dort muß nach dem Winter ein Frühjahr kommen und die Reime, die inzwischen geschlummert und von denen auch mancher im Sturm und Frost zu Grunde gegangen sein mag, werden neu zu knospen beginnen. Doch nein; solche Coequettiren treibt der Ungar nicht; denn jeder Krieg verlangt von ihm Steuern an Gut und Blut, und jede Revolution erweckt die wilden Volkseigenheiten, was Niemand mehr zu fürchten hat als eben die Ungarn Siebenbürgens wie die noch lebende Generation gar gut aus eigener Erfahrung weiß.

Also noch einmal, wir können es noch immer nicht glauben, daß die ungarischen Deputirten an den Verhandlungen des jetzigen Landtages sich nicht betheiligen würden, selbst wenn man ihnen mit Freundschaft über die schlüpfrige Stelle des Gelöbnißes hinübersehen sollte.

Die ungarischen Deputirten an den Verhandlungen des jetzigen Landtages sind nicht betheiligten, selbst wenn man ihnen mit Freundschaft über die schlüpfrige Stelle des Gelöbnißes hinübersehen sollte.

Die ungarischen Deputirten an den Verhandlungen des jetzigen Landtages sind nicht betheiligten, selbst wenn man ihnen mit Freundschaft über die schlüpfrige Stelle des Gelöbnißes hinübersehen sollte.

Die ungarischen Deputirten an den Verhandlungen des jetzigen Landtages sind nicht betheiligten, selbst wenn man ihnen mit Freundschaft über die schlüpfrige Stelle des Gelöbnißes hinübersehen sollte.

Die ungarischen Deputirten an den Verhandlungen des jetzigen Landtages sind nicht betheiligten, selbst wenn man ihnen mit Freundschaft über die schlüpfrige Stelle des Gelöbnißes hinübersehen sollte.

Die ungarischen Deputirten an den Verhandlungen des jetzigen Landtages sind nicht betheiligten, selbst wenn man ihnen mit Freundschaft über die schlüpfrige Stelle des Gelöbnißes hinübersehen sollte.

Die ungarischen Deputirten an den Verhandlungen des jetzigen Landtages sind nicht betheiligten, selbst wenn man ihnen mit Freundschaft über die schlüpfrige Stelle des Gelöbnißes hinübersehen sollte.

Die ungarischen Deputirten an den Verhandlungen des jetzigen Landtages sind nicht betheiligten, selbst wenn man ihnen mit Freundschaft über die schlüpfrige Stelle des Gelöbnißes hinübersehen sollte.

Die ungarischen Deputirten an den Verhandlungen des jetzigen Landtages sind nicht betheiligten, selbst wenn man ihnen mit Freundschaft über die schlüpfrige Stelle des Gelöbnißes hinübersehen sollte.

Die ungarischen Deputirten an den Verhandlungen des jetzigen Landtages sind nicht betheiligten, selbst wenn man ihnen mit Freundschaft über die schlüpfrige Stelle des Gelöbnißes hinübersehen sollte.

Die ungarischen Deputirten an den Verhandlungen des jetzigen Landtages sind nicht betheiligten, selbst wenn man ihnen mit Freundschaft über die schlüpfrige Stelle des Gelöbnißes hinübersehen sollte.

Die ungarischen Deputirten an den Verhandlungen des jetzigen Landtages sind nicht betheiligten, selbst wenn man ihnen mit Freundschaft über die schlüpfrige Stelle des Gelöbnißes hinübersehen sollte.

Die ungarischen Deputirten an den Verhandlungen des jetzigen Landtages sind nicht betheiligten, selbst wenn man ihnen mit Freundschaft über die schlüpfrige Stelle des Gelöbnißes hinübersehen sollte.

Die ungarischen Deputirten an den Verhandlungen des jetzigen Landtages sind nicht betheiligten, selbst wenn man ihnen mit Freundschaft über die schlüpfrige Stelle des Gelöbnißes hinübersehen sollte.

Die ungarischen Deputirten an den Verhandlungen des jetzigen Landtages sind nicht betheiligten, selbst wenn man ihnen mit Freundschaft über die schlüpfrige Stelle des Gelöbnißes hinübersehen sollte.

Die ungarischen Deputirten an den Verhandlungen des jetzigen Landtages sind nicht betheiligten, selbst wenn man ihnen mit Freundschaft über die schlüpfrige Stelle des Gelöbnißes hinübersehen sollte.

Die ungarischen Deputirten an den Verhandlungen des jetzigen Landtages sind nicht betheiligten, selbst wenn man ihnen mit Freundschaft über die schlüpfrige Stelle des Gelöbnißes hinübersehen sollte.

Die ungarischen Deputirten an den Verhandlungen des jetzigen Landtages sind nicht betheiligten, selbst wenn man ihnen mit Freundschaft über die schlüpfrige Stelle des Gelöbnißes hinübersehen sollte.

Die ungarischen Deputirten an den Verhandlungen des jetzigen Landtages sind nicht betheiligten, selbst wenn man ihnen mit Freundschaft über die schlüpfrige Stelle des Gelöbnißes hinübersehen sollte.

Die ungarischen Deputirten an den Verhandlungen des jetzigen Landtages sind nicht betheiligten, selbst wenn man ihnen mit Freundschaft über die schlüpfrige Stelle des Gelöbnißes hinübersehen sollte.

Die ungarischen Deputirten an den Verhandlungen des jetzigen Landtages sind nicht betheiligten, selbst wenn man ihnen mit Freundschaft über die schlüpfrige Stelle des Gelöbnißes hinübersehen sollte.

Die ungarischen Deputirten an den Verhandlungen des jetzigen Landtages sind nicht betheiligten, selbst wenn man ihnen mit Freundschaft über die schlüpfrige Stelle des Gelöbnißes hinübersehen sollte.

Die ungarischen Deputirten an den Verhandlungen des jetzigen Landtages sind nicht betheiligten, selbst wenn man ihnen mit Freundschaft über die schlüpfrige Stelle des Gelöbnißes hinübersehen sollte.

Die ungarischen Deputirten an den Verhandlungen des jetzigen Landtages sind nicht betheiligten, selbst wenn man ihnen mit Freundschaft über die schlüpfrige Stelle des Gelöbnißes hinübersehen sollte.

Die ungarischen Deputirten an den Verhandlungen des jetzigen Landtages sind nicht betheiligten, selbst wenn man ihnen mit Freundschaft über die schlüpfrige Stelle des Gelöbnißes hinübersehen sollte.

Die ungarischen Deputirten an den Verhandlungen des jetzigen Landtages sind nicht betheiligten, selbst wenn man ihnen mit Freundschaft über die schlüpfrige Stelle des Gelöbnißes hinübersehen sollte.

Die ungarischen Deputirten an den Verhandlungen des jetzigen Landtages sind nicht betheiligten, selbst wenn man ihnen mit Freundschaft über die schlüpfrige Stelle des Gelöbnißes hinübersehen sollte.

Die ungarischen Deputirten an den Verhandlungen des jetzigen Landtages sind nicht betheiligten, selbst wenn man ihnen mit Freundschaft über die schlüpfrige Stelle des Gelöbnißes hinübersehen sollte.

Die ungarischen Deputirten an den Verhandlungen des jetzigen Landtages sind nicht betheiligten, selbst wenn man ihnen mit Freundschaft über die schlüpfrige Stelle des Gelöbnißes hinübersehen sollte.

Die ungarischen Deputirten an den Verhandlungen des jetzigen Landtages sind nicht betheiligten, selbst wenn man ihnen mit Freundschaft über die schlüpfrige Stelle des Gelöbnißes hinübersehen sollte.

Die ungarischen Deputirten an den Verhandlungen des jetzigen Landtages sind nicht betheiligten, selbst wenn man ihnen mit Freundschaft über die schlüpfrige Stelle des Gelöbnißes hinübersehen sollte.

nüchternen Freisinn abtreibe.

Section Wochen mit Urführer Ministerialfür evangelische Seminar.

(Die in Oesterreich bet Der größte Theil an, und war für die im Lehrfache weisen angehörigen Nicht gering — garischen Ländern in den nichtungsa Dienst oblig zu Wien, ist Degenfeld ist die Leitung der

(Gut stand des Haupt bei den verschiede von Freikirchen in schiedenen Zweig in Belgien eingebt Eisenbahn-Verord lischer Gemeinden Bereich wie bish gen werden.

Die be Urtheil der Agrar Statistic am 14. Pest, 15. ungarische Maler Bildniß Sr. Majestät hat den bish Künstler das ihm

In der auf Antrag des Sprache durchgeh erhoben und alle dem Ersuchen un

(Hag Bemerkungen vor richtig. Der ent hung; in Verbö auf 4842 fl., in tröfalu auf 18, 2115 fl. 8 kr., in in Pöbbsi auf 3

folge am 10. d. s. Ber Bergehen, t

Die u der Kaiser von Preußen nie Der Grund hier Etadium der B gemäßen Lebens Kaiser beabsichti Riffungen abzube Willen, Regensb Lage der Mitt

Der f französische Gab rung (angeblich deiten Verträge Zollvereins nich nahezu provocite verein zu Stand

London als Herzogin de Brühl, und tel

Die t Polens bester Carl Ri lord, — Ihrer Brunnow einge April datirt wa Regierung wän Erörterung fort zügliche Contro deutung des W suchen, nach wi versehen, doch gründer werden des erleuchteten Unterrichten ist stellen.

Ihrer M die practische S suchen. — Als überreichte, sagt Austausch auf 1815 einzuge Regierung Kütrags v. 1815 Klude Polens made, wird es gibt, auf die, rung Polens e müth der Reg lichen Absicht aus des Kaiser desselben Feru

Der Ra „das ganze S westlich von S den Rest nicht ungerecht unter sigenen Nati Planes liegt in der Hand — oder unter

Der Kaiser von Preußen nie Der Grund hier Etadium der B gemäßen Lebens Kaiser beabsichti Riffungen abzube Willen, Regensb Lage der Mitt

Der f französische Gab rung (angeblich deiten Verträge Zollvereins nich nahezu provocite verein zu Stand

London als Herzogin de Brühl, und tel

Die t Polens bester Carl Ri lord, — Ihrer Brunnow einge April datirt wa Regierung wän Erörterung fort zügliche Contro deutung des W suchen, nach wi versehen, doch gründer werden des erleuchteten Unterrichten ist stellen.

Ihrer M die practische S suchen. — Als überreichte, sagt Austausch auf 1815 einzuge Regierung Kütrags v. 1815 Klude Polens made, wird es gibt, auf die, rung Polens e müth der Reg lichen Absicht aus des Kaiser desselben Feru

Der Ra „das ganze S westlich von S den Rest nicht ungerecht unter sigenen Nati Planes liegt in der Hand — oder unter

Der Kaiser von Preußen nie Der Grund hier Etadium der B gemäßen Lebens Kaiser beabsichti Riffungen abzube Willen, Regensb Lage der Mitt

Der f französische Gab rung (angeblich deiten Verträge Zollvereins nich nahezu provocite verein zu Stand

London als Herzogin de Brühl, und tel

Die t Polens bester Carl Ri lord, — Ihrer Brunnow einge April datirt wa Regierung wän Erörterung fort zügliche Contro deutung des W suchen, nach wi versehen, doch gründer werden des erleuchteten Unterrichten ist stellen.

Ihrer M die practische S suchen. — Als überreichte, sagt Austausch auf 1815 einzuge Regierung Kütrags v. 1815 Klude Polens made, wird es gibt, auf die, rung Polens e müth der Reg lichen Absicht aus des Kaiser desselben Feru

Der Ra „das ganze S westlich von S den Rest nicht ungerecht unter sigenen Nati Planes liegt in der Hand — oder unter

Der Kaiser von Preußen nie Der Grund hier Etadium der B gemäßen Lebens Kaiser beabsichti Riffungen abzube Willen, Regensb Lage der Mitt

Der f französische Gab rung (angeblich deiten Verträge Zollvereins nich nahezu provocite verein zu Stand

London als Herzogin de Brühl, und tel

Die t Polens bester Carl Ri lord, — Ihrer Brunnow einge April datirt wa Regierung wän Erörterung fort zügliche Contro deutung des W suchen, nach wi versehen, doch gründer werden des erleuchteten Unterrichten ist stellen.

Ihrer M die practische S suchen. — Als überreichte, sagt Austausch auf 1815 einzuge Regierung Kütrags v. 1815 Klude Polens made, wird es gibt, auf die, rung Polens e müth der Reg lichen Absicht aus des Kaiser desselben Feru

Der Ra „das ganze S westlich von S den Rest nicht ungerecht unter sigenen Nati Planes liegt in der Hand — oder unter

Der Kaiser von Preußen nie Der Grund hier Etadium der B gemäßen Lebens Kaiser beabsichti Riffungen abzube Willen, Regensb Lage der Mitt

Der f französische Gab rung (angeblich deiten Verträge Zollvereins nich nahezu provocite verein zu Stand

London als Herzogin de Brühl, und tel

Die t Polens bester Carl Ri lord, — Ihrer Brunnow einge April datirt wa Regierung wän Erörterung fort zügliche Contro deutung des W suchen, nach wi versehen, doch gründer werden des erleuchteten Unterrichten ist stellen.

Ihrer M die practische S suchen. — Als überreichte, sagt Austausch auf 1815 einzuge Regierung Kütrags v. 1815 Klude Polens made, wird es gibt, auf die, rung Polens e müth der Reg lichen Absicht aus des Kaiser desselben Feru

nen niederlegten. In der näch-
tag von diesem Protest benach-
thnlichen Charakter der Sachen
ung dieses Protestes zu verlan-
forten des Landtags erschlossen
an den Landtagswahlen actu
nig ablegen, — wenn sie wollen,
nd wäre es ihnen blos um die
ihnen gewesen, so wird deshalb
nicht der Schatten eines Vorwur-
n dadurch der Weg zur Verständ-
ung geöffnet bleiben. Die Wirt-
er wird durch den ungarischen
den. Denn nicht von der Theil-
nichts-Partei wird die Bedeutung
nur in sich selbst und in der
schlüsse liegt für ihm die Büt-
ischer Reichsrath und seine Wirt-
den Seite, trotz Protest u.), —
nisch ist, zweifeln wir daran, daß
nde Gelegenheit erwünscht wäre,
as bei Gleichgültigkeit genug be-
zeter ohne ihre Mitwirkung über-
nen wir es nicht glauben, daß
nd unbeugiam am Principe der
ch sonst überall ihres rücksichts-
zum Beispiele auch im Jahre
Schlag niederzureißen den Muth
daß die Ungarn, welche nirgends
mit allen europäischen, auch nicht
bestimmung die Willkürherrschaft
aben, nur in Siebenbürgen dem
Bevölkerung ein selbständiges
er todgeborene Decrete entgegen-
ter glauben, daß die Ungarn am
Landtags zweifeln sollten; denn
nen ihre fähigsten Männer hin-
sch, wie der böse Krumm und ihnen
ihre Hoffnungen bauen und mit
ein Krieg oder eine Revolution
in Oesterreich ausgetrieben worden,
e wenn über die Herrschaft der
terstehen sie deckt; aber hier wie
kommen und die Keime, die in-
ch mancher im Sturm und Frost
neu zu sprossen beginnen. Doch
nicht; denn jeder Krieg verlangt
und jede Revolution erweist die
nd mehr zu fürchten hat als eben
lebende Generation gar gut aus
noch immer nicht glauben, daß
ndlungen des jetzigen Landtags
man ihnen mit Freundschaft
hinüberheßen sollte. —

Eisenbahn.
des siebenbürgischen Eisenbahn-
Biday, die Herren Kirmenyi, Hollán
st der belgischen Unternehmer, der
s Oberingenieur Herz angetre-
gestern Morgens in Pest einge-
Weiterreise nach Wien angere-
s erwählten Comitätsmitglieder in
um die Garantienbewilligung für
Eisenbahn zu erbiten. Der des-
gnieren dürfte allem Anscheine nach
den, welche für den 20. d. M. im
verzeins anberaumt ist. (P. E.)

Über Kirchenthum, Hofrath Dr.
bweifenheit auf dem sieben. Land-
nei, als Vice-Präsidenten erseht.

Die Regierung bei den Wahlen
parische Opposition davon getragen
oationen ganz andere Verhältnisse ob-
Winden besorgt, es könnte Rehm-

kommt ihr, doch ihr kommt" mit
uns, daß der Kaiser noch so gute
lich freut es uns, die gute Sache
dem Hrn. Vetterer des obern
ung in Nr. 166 dieses Blattes
„solonspielende Wahlbesprecher,“
wichtigsten Fragen der Gegenwart
mit mehreren Leuten; den be-
ritter Wölfer, neun Zehntel der
Bedeutung u. s. w. gemein hat,
„Vordrangens“ leicht zu ir-
s daß „Gurem Wänischen, Gurem
n“ und in den Deputirten ein-
stert zu sehen!

haben mit Allerhöchster Entschlie-
a n e r Landtage beschlossenen Ge-
kosten der Herstellung und Erhal-
dungsgebäude, wie der Localitäten
Entschliesung vom 11. d. M. deu
s, betreffend die Aufnahme eines
bis zum Betrage von 50,000 fl.
-n. in. in Religionsfunde zum Be-
und Landtags-Gebäudes in Gyr-
t. am 14. Juli in Wien durch meh-
überreichte die Gemeinde Sächsisch-
als Anlag ihrer Erhebung zur so-

niglischen Freistadt durch ihren Ehrenbürger L. Oskar Safft eine Dank-
adresse. — Sectionsrath v. Mikulas ist vor einigen Tagen auf mehrere
Wochen mit Urlaub nach Ungarn abgereist. Während seiner Abwesenheit
führt Ministerial-Concils Dr. Schenker das Referat in der Abtheilung
für evangelische Kirchen- und Unterrichts-Angelegenheit im Staatsmini-
sterium. — (Disponible Beamte.) Die Zahl der disponiblen Beamten
in Oesterreich beträgt dertmal nach verlässlichen Erhebungen noch bei 1800.
Der größte Theil derselben gehört der Justiz- und Administrations-Branchen
an, und war früher in Ungarn und Siebenbürgen bedienstet. Dagegen sind
die im Lehrfache disponibel gewordenen wieder völlig und die dem Finanz-
wesen angehörigen nahezu alle wieder in neuen Dienstleistungen untergebracht.
Nicht gering — man rechnet über 4000 — ist die Zahl der in den un-
garischen Ländern disponibel gewordenen Beamten, welche eine Verwendung
in den nichtungarischen Provinzen zurückgewiesen und es vorzogen, dem
Dienste völlig zu entsagen. (Presse.)

Wien, 18. Juli. Sr. Excell. der Hr. Kriegsminister H. M. Graf
Degenfeld ist gestern von seinem Urlaube zurückgekehrt und hat heute
die Leitung der Geschäfte im Kriegsministerium wieder übernommen. —
(Gustav-Adolph-Verein.) Wie wir hören, hat der Vor-
stand des Hauptvereins der evangelischen Gustav-Adolph-Stiftung in Wien
bei den verschiedenen Eisenbahn-Verwaltungen Gesuche um Verabfolgung
von Freikarten für die Vorstandsmitglieder und die Abgeordneten der ver-
schiedensten Zweigvereine zur Fahrt nach der diesjährigen Hauptversammlung
in Bielefeld eingebracht, und soll begründete Aussicht vorhanden sein, daß die
Eisenbahn-Verwaltungen die auf Unterstützung armer nothleidender ewange-
lischer Gemeinden gerichteten wohlthätigen Bestrebungen des Gustav-Adolph-
Vereins wie bisher so auch jetzt durch Gewährung des Gesuches unterstüt-
zen werden. — Die hohe Banatstafel hat das wider Dr. A. Starcevic ergangene
Urtheil der Agrarcomitäts-Geschäftsstelle bestätigt, in Folge dessen sollte
Starcevic am 14. d. M. seine Strafe antreten.

Pest, 15. Juli. (Bild Sr. Majestät des Kaisers.) Der
ungarische Maler Alois Spörzgi ist mit dem Auftrage beehrt worden, daß
Bildniß Sr. Majestät für die ungarische Hofcapelle zu malen. Sr. Ma-
jestät hat denselben allergnädigst zu empfangen geruht, und hat der genannte
Künstler das ihm aufgetragene Werk bereits in Angriff genommen. —
In der Generalcongregation des Exerzitien-Comitates wurde
der Antrag des Vicepräsidenten, es solle in der katholischen Kirche die slavische
Sprache durchgehend als die Stelle der lateinischen treten, zum Beschluß
erhoben und allen Ordinariaten und croatisch-slavonischen Municipien mit
dem Ersuchen um allseitige Unterstützung mitgetheilt. — (Hagel schäden.) Am 30. v. M. hat der Hagel fast die ganzen
Gemarkungen von 11 Gemeinden des Neutraer Comitates zu Grunde ge-
richtet. Der entstandene Schaden beläuft sich nach vorgenommener Schä-
tzung: in Verbo auf 100,000 fl., in Siptofalu auf 13,760 fl., in Trebete
auf 4842 fl., in Strázja auf 5280 fl., in Kratova auf 7900 fl., in Dp-
trófalu auf 18,400 fl., in Lancsar auf 1393 fl. 92 kr., in Kocs auf
2115 fl. 8 kr., in Sterzofalu auf 3787 fl. 31 kr., in Joked auf 18,580 fl.,
in Pöbodi auf 30,000 fl., zusammen daher auf 377,058 fl. 31 kr. —
(Werthatung.) In Debrezsin wurde dem „Hortobágy“ zu-
folge am 10. d. M. der Jurist Arthur Szörényi, angeblich wegen politi-
scher Vergehen, verhaftet.

Deutschland

Die neueste Berl. Kreuzzeitung meldet nun, daß Sr. Majestät
der Kaiser von Oesterreich den in Aussicht gestellten Besuch dem Könige
von Preußen nicht mehr in Karlsbad sondern in Gastein machen wird.
Der Grund hiervon liegt wesentlich in der Rücksicht auf das vorgeschrittene
Stadium der Rheumcur des Königs, welche jede Abweichung von der cur-
gemäßen Lebensweise zu vermeiden erfordert, sowie zugleich darin, daß der
Kaiser beabsichtigt auf der Rückreise seine Gemalin nach beendeter Cur in
Riffingen abzuholen. Karlsbad verläßt der König am 18. d. und geht über
Wilsen, Regensburg und Salzburg nach Gastein, wosin ihn auch für wenige
Tage der Minister-Präsident v. Bismarck begleiten soll. — Der Wiener „Presse“ geht die interessante Mittheilung zu, das
französische Cabinet habe auf die Anfrage einer größeren Zollvereinsregie-
rung (angeblich der bairischen) wie es sich zu dem von Preußen unterhan-
delten Vertrage zu stellen gedenke, falls derselbe die Genehmigung des
Zollvereins nicht erhalten würde, in einer die Verbreitung dieser Äußerung
nahezu provocirenden Weise geantwortet: daß der Vertrag mit dem Zoll-
verein zu Stande kommen werde oder gar nicht.

Großbritannien.

London, 15. Juli. Die Königin reist Anfangs August incognito
als Herzogin von Lancaster nach Rosenau bei Koburg, bleibt einen Tag in
Brüssel, und kehrt Anfangs September zurück. — Die dem Parlamente am 10. Juli vorgelegte, die Angelegenheit
Polens betreffende englische Depesche lautet: „Carl Russell an Lord Napier. Ausw. Amt, 17. Juni, 1863. My-
lord, — Ihrer Majestät Regierung hat die mit am 2. Mai von Baron
Brunnow eingehändigte Depesche des Fürsten Gortschakoff, die vom 26.
April datirt war, mit tiefster Aufmerksamkeit erwogen. — Ihrer Majestät
Regierung wünscht eben so wenig wie Fürst Gortschakoff, eine unfruchtbar-
e Erörterung fortzuführen. Ich will daher die auf meine vorige Depesche be-
zügliche Controverse ganz übergehen; ich will in diesem Schreiben die Be-
deutung des Wiener Vertrags-Artikels über Polen nicht genau festzustellen
suchen, noch will ich, wie Fürst Gortschakoff zu erwarten scheint, den Satz
verfechten, daß es nur eine Form gebe, in der eine gute Regierung be-
gründet werden kann. Noch weniger will ich die wohlwollenden Absichten
des erleuchteten Kaisers, der in den rechtlichen Verhältnissen seiner russischen
Untertanen schon so wunderbare Veränderungen bewirkt hat, in Frage
stellen. — Ihrer Majestät Regierung ist gewillt mit dem Kaiser von Rußland
die practische Lösung für ein schwieriges und höchst wichtiges Problem zu
suchen. — Als Baron Brunnow mit die Depesche des Fürsten Gortschakoff
überreichte, sagte er: „Das kaiserliche Cabinet ist bereit auf einen Ideen-
Austausch auf dem Boden und innerhalb der Grenzen der Verträge von
1815 einzugehen.“ — Ihrer Majestät Regierung steht sich also von der
Regierung Rußlands zu einem Ideen-Austausch auf Grundlage des Ver-
trags v. 1815 einladend, um hierdurch die Pacificirung und dauernde
Ruhe Polens zu erzielen. — Ehe ich irgend einen bestimmten Vorschlag
mache, wird es nöthig sein zu bemerken, daß es zwei leitende Prinzipien
gibt, auf die, wie Ihrer Majestät Regierung denkt, jede künftige Regie-
rung Polens gegründet sein sollte. Das erste derselben ist, in dem Ge-
wärt der Regierens Vertrauens zur Regierung zu erzeugen. — Die ursprüng-
lichen Absichten des Kaisers Alexander I. schildert Lord Castlereagh, der
aus des Kaisers eigenem Munde in einer langen Unterredung den Plan
dieselben kennen gelernt hatte. — Der Kaiser hatte, nach der Vorstellung Lord Castlereagh's den Plan,
das ganze Herzogthum Warschau zu behalten, ausgenommen den kleinen,
welch von Ralisch gelegenen Theil, den er zu Preußen schlagen wollte,
den Rest nebst den früher geschiedenen polnischen Provinzen zu einem Kö-
nigreich unter russischer Herrschaft mit einer den Gefühlen des Volkes zu-
sagenden National-Verwaltung zu erheben.“ — Die ganze Stärke dieses
Planes liegt in den Schlupsworten. — Gleichviel ob die Regierungsgewalt
in der Hand eines Einzigen wie in der alt-französischen Monarchie bleibt
— oder unter eine ausgewählte Adelsversammlung wie in der Republik

Venedig — oder unter einen Souverän, ein Ober- und ein Unterhaus wie
in England vertheilt ist — ihre Tugend und Stärke muß darin bestehen,
daß „sie eine den Gefühlen des Volkes entsprechende nationale Verwal-
tung ist.“ — Indem der Kaiser Alexander II. von den Institutionen spricht,
die er verliehen hat, sagt er: „Was die Zukunft betrifft, so hängt sie noth-
wendigerweise von dem Vertrauen ab, mit welchem das Königreich diese
Institutionen aufzunehmen wird.“ Eine Verwaltung wie Alexander I. dieselbe beabsichtigt hat, ein Ver-
trauen wie das von Alexander II. gesuchte, sind unglücklicher Weise in Po-
len nicht zu finden. — Das nächste Prinzip der Ordnung und Festigkeit
muß in der Oberherrschafft des Geistes über die bloße Willkür bestehen.
Wo das Geiz die Herrschafft hat, kann der Lurcheban oder Bürger sich
seines Eigenthums freuen, oder seinen Gewerbetrieb üben, und die Sicher-
heit, die er als Individuum fühlt, wird andererseits auch von der Regie-
rung, unter der er lebt, gefährdet werden. — Theilweise Tummel, gebrüme
Beschwörungen, und die Einmischung cosmopolitischer Fremdlinge werden
das feste Gebäude einer solchen Regierung nicht erschüttern. Das Element
der Stabilität fehlt in Polen ebenfalls. Die Religionsfreiheit, welche die
Kaiserin Katharina durch feierliche Erklärungen gewährleistete, und die von
Alexander I. vermittelst wohlbedachter Urkunde (charter) gewährte politische
Freiheit sind von den nachfolgenden Regierungen abgeschafft und von dem
jetzt regierenden Kaiser nur theilweise wieder ins Leben gerufen worden. —
Es ist keine leichte Aufgabe, das verlorene Vertrauen zurückzugewinnen und
den jetzt überall gebrochnen Frieden wieder herzustellen. — Ihrer Majestät
Regierung würde sich einer großen Annahme schuldig glauben, wenn sie
die Versicherung aussprechen wollte, daß ein vages Bekenntnis zur Ab-
sicht oder selbst der Erlass einiger weisen Gesetze auf das Gemüth des
polnischen Volkes Eindruck genug machen würde, um dadurch Frieden und
Gehorsam wieder herzustellen. — Unter den gegenwärtigen Umständen denkt Ihrer Majestät Regierung,
daß nichts Erregenderes als folgendes Programm von Maßregeln als Pa-
cifications-Basis angenommen werden sollte: 1. Vollständige und allgemeine
Amnestie. 2. Eine National-Vertretung mit Befugnissen ähnlich denjenigen,
welche die Charte vom 15. — 17. November 1815 festgesetzt hat. 3. Be-
setzung der öffentlichen Aemter mit Polen in solcher Weise, daß hierdurch
eine ausgeprochen nationale, das Vertrauen des Landes beständige Ver-
waltung gebildet wird. 4. Volle und gänzliche Gewissensfreiheit; Aufhebung
aller Beschränkungen des katholischen Gottesdienstes. 5. Anerkennung der
polnischen Sprache im Königreiche als Amtssprache, und Gebrauch dersel-
ben in Gerichtshöfen und Schulen. 6. Einführung eines regelmäßigen und
gesetzmäßigen Recrutierungssystems. — Diese sechs Punkte könnten als
Stütze der nach ruhiger und voller Erwägung zu ergreifenden Maßregeln
dienen. — Aber es ist schwer, ja fast unmöglich, das eisernenische Ver-
trauen und die nöthige Ruhe hervorzuheben, so lange die Leidenschaften der
Menschen täglich mehr erregt werden, ihr Haß immer tödtlicher, ihr Ent-
schluß zu fliehen oder zu sterben immer unbeugbarer wird. Ihre Vorherrschaft hat mit einem Auszug aus der Petersburger Zeitung
vom 17. (19.) Mai zugefandt. Ich könnte Ihrer Vorherrschaft dafür Aus-
züge aus Londoner Zeitungen senden, mit Berichten über ebenso schauerliche
Gräueln, die in russischen Namen und Auftrag begangen worden sind. —
Es ist nicht an Ihrer Majestät Regierung die wirtlichen Thatfachen und die
Lebertragungen feindlicher Parteien von einander zu scheiden. — Viele der
beiderseitigen Angaben sind vermuthlich grundlos, aber manche müßen aller
Wahrscheinlichkeit nach wahr sein. Wie sollen wir dann hoffen, eine zwit-
schen so erbitterten Parteien geführte Unterhandlung zu irgend einem guten
Ziel zu leiten? — In einem gewöhnlichen Kriege können die Erfolge von
Heeren und Flotten, die unmöglich, aber ohne Haß kämpfen, bei einer Un-
terhandlung, die inmitten der Feindseligkeiten statt findet, gegen einander
abgewogen werden. Die Lebertragungen von einer Insel mehr oder weni-
ger, die größere oder geringere Ausdehnung einer Grenzlinie kann da den
Werth des letzten Sieges ausdrücken. Aber wo es gilt Bürgerfeinden zu
stiften, Menschen zu bewegen unter denen zu leben, gegen die sie mit ver-
zweifelmtem Groll gekämpft, stellt die Sache sich anders. Nach der Mei-
nung der englischen Regierung ist vorerst eine Einstellung der Feindseligkei-
ten nothwendig. Dies könnte, im Namen der Menschlichkeit, durch eine
Proclamation des russischen Kaisers geschehen, der dadurch seiner Würde
nicht vergebte. Die Polen hätten natürlich keinen Anspruch auf die Vor-
theile des Aeres, wenn sie sich nicht selbst jeder Feindseligkeit enthielten. —
Nach momentan beruhigter Ruhe wäre der nächste Schritt, die Unterzei-
ner des Wiener Vertrages zu Rathe zu ziehen. Preußen, Spanien, Schweden
und Portugal müßen um ihre Meinung gefragt werden über die beste
Art einen Vertrag anzuzuführen, den sie mit genehmigt haben. Was Ihrer
Majestät Regierung vorschlägt, besteht daher in folgenden 3. Säzen: 1.
Annahme der obigen 6 Punkte als Basis der Unterhandlung; 2. eine vom
Kaiser von Rußland zu proclamirende provisorische Waffenruhe; 3. Eine
Conferenz der 8 Mächte, die den Wiener Vertrag unterzeichnet haben. —
Ihre Excellenz werden diese Depesche dem Fürsten Gortschakoff vorlesen und
ihm eine Abschrift geben. Ich u. Russell.“

Frankreich.

Ans Paris, 10. Juli, schreibt man der „E. G.“: eine russische
Inspiration, die uns über Wien und Brüssel zukommt, thut dem Erzbischof
Jelinski die äußerste Schwach an, ihn als einen Schwachkopf darzustellen,
den man zu seinem Besten habe von Warschau entfernen müssen, um ihn
den revolutionären Beeinflussungen zu entziehen. Dies sagt man nun von
einem Prälaten, dessen Klugheit und Einsicht man nicht hoch genug zu
preisen wüßte, als man gerade ihn als den geeigneten Mann für den
erzbischoflichen Stuhl von Warschau bezeichnete. Freilich liegt die Sache ge-
rade umgekehrt so, daß Jelinski als völlig schwach, ja charakterlos und
pflichtvergessen erscheinen müßte, wenn er ruhig erduldet hätte, was man
ihm am Ende zumuthete. Und doch ist ein Vorgang nicht allzulange ver-
floßen, der hier als Warnung dienen konnte. Wir meinen das Kölner Ge-
schick. Als man im J. 1837 den Erzbischof Droste v. Wischering mit Waf-
fengewalt von seinem erzbischoflichen Stuhle entfernte, da hieß es gleichfalls,
man habe ihn der Beifügung zweier revolutionärer Parteien, der ultra-
montanen und liberalen, entziehen müssen, während die ultramontane Partei
damals kaum erst im Embryo in Belgien bestand und erst durch die Auf-
regung, welche das Kölner Ereigniß hervorrief, nach Deutschland verpflanzt
wurde; der damalige Liberalismus in Deutschland aber wahrlich keine re-
volutionäre Physiognomie trug. Allerdings blieb man auch bis zum Tode
des Erzbischofs von Köln den Beweis schuldig für jene Anklage und man
erkannte später den Fehler, den man mit der Anwendung von brutaler Ge-
walt gegen den deutschen Kirchenfürsten begangen hatte. Als derselbe von
Köln hinweggeführt wurde, sprach er das Wort: „Gott sei Dank, nun
braucht man Gewalt!“ Mit einem ähnlichen Worte soll sich Erzbischof Je-
linski von Warschau verabschiedet haben und wird sich dieses Wort sicher-
lich sehr nicht minder bedeutungsvoll erweisen. — Die „France“ äußert sich über das der Nationalregierung Polens
zugeschriebene Programm, welches eine Wiederherstellung des früheren Po-
lens in seiner Ausdehnung, welche es vor der Theilung hatte, verlangt, in
folgender Weise: „Dies Programm ist nicht nur eine Kriegserklärung ge-
gen Rußland, es ist auch eine Kriegserklärung gegen Preußen und Oester-
reich. Denn in Wien wie in Berlin sind Kamern und Regierung darüber
einig, zu erklären, daß die vor früheren Polen losgelassenen Provinzen einen
integrirenden Theil der preussischen und österreichischen Monarchie bilden.
Herr v. Spöhl, einer der Redner der vorgedrungenen Partei sagte, als er von
Polen und Ostpreußen sprach: Diese Provinzen gehören uns! und die
ganze Kammer thatigte der Erklärung Beifall. In Wien haben die Debat-
ten des Reichsrathes Zeugniß gegeben von der nicht geringen Energie, mit
welcher Gallizien in Anspruch genommen und die Aufrechterhaltung der In-
tegrität des Kaiserreichs gefordert wird. — Das Programm des National-

Comit's wäre mithin das Signal zu einem europäischen Kriege und
unter den jetzigen Umständen wäre Nichts mehr dazu geeignet, die Sache
Polens zu compromittiren, als wenn man glauben machen wollte, die
Injurianten werden nicht eher die Waffen niederlegen, als am Tage, wo
Europa dem vom Westen ausgehenden Verlangen Rechnung trüge.“

Italien.

Aus Turin schreibt man unterm 9. d.:
Hier spricht man bereit, vorläufig zwar noch geheim, aber doch sehr
bestimmt von der zu erwartenden Auflösung unserer Deputirtenkammer. Als
Vorwand dazu dient formell das permanente, wahrhaft Aergerniß erregende
Fernbleiben einer großen Anzahl Deputirter von den Kammeritzungen, was
namentlich in letzterer Zeit das Zustandekommen eines bestimmten Majori-
tätsbeschlusses selbst in den wichtigsten Angelegenheiten des Landes gerate-
zu unmöglich machte; der wahre Grund dieser eventuellen Maßregel aber
ist die fast bedenklicher und compactere werdende Opposition im Hause selbst,
die sich unter Anführung der einflussreichsten Deputirten Brofferio, Petrucci
della Gattina, Paternoster, Macchi, Sicoli u. A. um die Fahne Cattanz's
schaart und die demächst in einem neuen, großen politischen Organe „lo
stato“ beruht, ihren Principien und Tendenzen Ausdruck zu geben gedenkt. — Gestern ist hier die beglaubigte Nachricht eingelangt, daß die vom
Großfürsten Constantin statt zum Tode zur Deportation nach Sibirien ver-
urtheilten Italiener, welche auf dem polnischen Injurirensionsplatze gefangen
genommen wurden, alle Aussicht haben, in nächster Zeit ganz begnadigt zu
werden.

Rußland.

Ein Erlass der Regierung in Warschau verfügt, daß es von nun
an niemand mehr gestattet sein soll, sich ohne Paß von einem Dorf in
das andere zu begeben. In Klece wurde der Injurirentenfürer Gajowski, in Radom Wis-
niowski mit sieben anderen Polen gefangen. In der Wojwodschafft Ralisch fand am 7. d. bei Nowawies ein blu-
tiges Gefecht statt. Taczanowski besetzte mit 380 Reitern und 300 Mann
Infanterie die Stadt Ghoz. Im Augustowo'schen Kampfe waver am 5.
und 7. d. bei Sapodimie. In Wolhynien stießen zahlreiche Injurirent-
Abtheilungen bei Dubno. Viele Gutsbesitzer wurden von den Russen ver-
haftet. (Presse)

Der „Nord“ bringt in einer ihm aus Petersburg zugegangenen
Mittheilung ein lebhaftes Plaidoyer für eine Verständigung und Aus-
söhnung Oesterreichs und Rußlands, so in der polnischen wie in der orien-
talischen Frage, worin Oesterreich zu Gemüthe geführt wird, wie schlecht es
sich bei seiner Politik des Unabandes gegen Rußland gehalten habe, wäh-
rend Rußland doch im Orient wie in Polen nichts Anderes, als friedliche
und schrittweise Hebung der Bevölkerung, Aufrechterhaltung der Ordnung
in der Freiheit und Widerstand gegen alle Combinationen politischer Er-
ztremer wollte; Rußland hege keine panlavischen Pläne, zwischen Oester-
reich und Rußland herrsche Solidarität der Principien, — „Solidarität,
welche bei den Nationen wie Bevölkerungen zu Sympathien führt und
aufheuert.“

Donaufürstenthümer.

Die „Kronstädter Zeitung“ Nr. 12 entnimmt der „Gazetta Tran-
silvanica“ folgende Telegramme: Bukurest, 17. Juli, 9 Uhr. Eine
Schaar von 400 fremden Soldaten, zum größten Theile Polen, haben in
der Nacht von 13. auf den 14. Juli einen Einfall auf rumänischen Bo-
den gemacht; diese Schaar ist auf einem englischen Schiffe aus der Türkei
herübergekommen. Sie wurde aufgefordert dem neutralen Boden zu respecti-
ren und die Waffen abzuliefern, welchem Begehren aber durchaus keine
Folge geleistet wurde, sondern die Truppe rückte immer mehr ins Land,
ohne russisches Gebiet zu betreten. Drei Compagnien rumänischer Soldaten
wurden dem Eindringlingen nachgeschickt, um sie vom rumänischen Gebiete
zu vertreiben. Am 15. Juli holte unser Militär die Polen ein und sie wur-
den erneuert aufgefordert, die Waffen niederzulegen, aber wieder ohne Er-
folg, worauf Feuer gegeben wurde. Der Kampf geschah bei Rahulu. Die
Fremden hatten 57 Vermundete und 16 Tode, darunter 2 Offiziere.

Bukurest, 17. Juli, 12 Uhr 5 Min. Lebhafter Kampf bei Cas-
tagalia. Die rumänischen Soldaten, obgleich in der Mehrzahl Kretzen,
haben brav gekämpft. Ihre Verluste betragen 18 Tode und 45 Vermundete.
Eine falsche Bewegung der Linken begünstigte den Rückzug der Feinde,
welche ihre Toden und Vermundeten auf dem Kampfsplatze ließen. Diese
Expedition wurde in der Türkei durch den Negaten Sabit Pascha (Sag-
kowsk?) organisiert. Nach ausgefangener Papieren war diese Truppe nicht
nur für Polen, sondern auch gegen den Fürsten Gouja bestimmt.

Bukurest, 17. Juli, 12 Uhr 10 Min. Trotz der Uebermacht der
Feindlichen, müßen dieselben das Feld räumen, mit Hinterlassung ihrer
Toden und Vermundeten. Die Polen haben sich weiter ins Land und
nicht gegen die russische Grenze gezogen. Es heißt diese Expedition sei eine
türkische Machination, um die moldo-walachische Regierung in Verwirrung
zu bringen. Im Kampfe am 15. Juli verlor der Oberst Galinescu 65
Mann, darunter 18 Tode. Die Verfolgung der Eindringlinge dauert fort.

Bukurest, 17. Juli, 7 Uhr. Die Polen haben ihre Richtung gegen
das Dorf Huschi in der Moldau unweit Jassy genommen, ohne russischen
Boden zu betreten, mit der Absicht zu revoltiren. Ein Kampf steht bevor.

Gustav-Adolph-Verein.

Der Zweigverein der Gustav-Adolf-Stiftung in unserm
Kirchenbezirke wird seine diesjährige Versammlung in Hermann-
stadt, und zwar morgen, am 21. Juli Vormittags, in der gro-
ßen evangelischen Pfarrkirche abhalten. Die Verhandlungen werden
durch einen passenden Gottesdienst eingeleitet werden, wobei
Sr. Wohllebrwürden Herr Wilhelm Capestus, Pfarrer in Thal-
heim, die Festrede halten und der hiesige Musikverein unter der
gewohnten Leitung des Herrn Stadtcantors, Bönick, ein classi-
sches Musikstück zur Aufführung bringen wird. Wir hoffen, daß
die Hermannstädter evangelische Gemeinde an dieser Festfeier sich
sehr zahlreich betheiligen wird.

Hermannstädter Schützenverein.

Bei dem Schießen am 19. d. M. erhielten: das erste Glückste Kauf-
mann Julius Matthias; das Trefferbeste Büchsenmacher Daniel Schu-
fer; das zweite Glückstebesse Tischlermeister H. Wilhelm Grohmann.

Effecten- und Wechsel-Course

an der k. k. öffentlichen Börse in Wien
am 18. Juli 1863.
(Eschluß-Cours in österreichischer Währung.)
Effecten. fl. kr.
5% Metalliques 77 —
5% National-Anleihen 82 45
Bancaactien 797 —
Creditactien 194 —
Staats-Anleihen 60er 101 56
Wechsel.
Silber 109 65
London 111 15
Gulden 5 80/4

Amts- und Intelligenzblatt.

Amtlicher Theil.

Erledigung

3. 166. 1863. 2-3
Concurs-Ausschreibung
 für die erledigte Pfarre Hamlesch.
 Ueber Ansuchen des, im Alter vorgerückten Wohl-
 ehrw. Herrn Pfarrers Severinus in Hamlesch, wurde
 von der hochwürdigsten Superintendentur die Substitution,
 nach §. 227 der prov. Bestimmung bewilligt.
 Mählsbach, am 16. Juli 1863.
 Das Bezirks-Consistorium.

Requisitionen

3. 1145. Sub. 1863. 3-3
Edict.
 Von dem Stadt- und Stuhlgerichte zu Schäß-
 burg wird hiemit bekannt gemacht: es sei über Ein-

schreiten des Herrn Georg Binder aus Kaiszd, de
 praes. 2. Juli 1863, 3. 1145, Civ., in die executive
 Feilbietung des dem Martin Keul gehörigen in Hendorf
 sub No. 5 gelegenen Wohnhauses sammt Wohnhof und
 grundbücherlichem Zubehör im Schätzungswerte von
 200 fl. ö. W., puncto Vereinerung einer Forber-
 rung von 60 fl. ö. W. i. N. G., gewilligt worden.
 Zur Vornahme dieser Feilbietung werden 2 Tagfahr-
 ten, nämlich auf den 25. Juli und 1. August
 1863, beidermal Vormittag 9 Uhr in Hendorf in
 dem Hause des Exekuten angeordnet und zu derselben
 Kauflustige mit dem Bedeuten vorgeladen, daß das
 feilzubietende Wohnhaus erst bei der 2. Tagfahrt unter
 dem Schätzungswerte werde hintangegeben werden,
 und daß es ihnen freistehe die Requisitionen im hiegericht-
 lichen Expedite einzuführen, oder in Abschrift zu erheben.
 Endlich werden alle diejenigen, welche auf das feilzu-
 bietende Gut ein Hypothekrecht erworben zu haben
 glauben, aufgefordert, dasselbe bis zum Verkaufe des

Gutes bei Folgen des §. 509 C. P. D. hiegericht-
 anzumelden.
 Schäßburg, den 3. Juli 1863.
 Der Stuhlrichter
 Roth.

Rundmachung.

1-3
 Zur Sicherstellung des Bedarfs für die sieben-
 bürgerliche Landes-Irren-Anstalt zu Hermannstadt, an:
 A. breite, weiße Leinwand No. 1 und Leinwand
 No. 6 für Bettwäsche und Bettzeug, dann Hals-
 tücher, Krawatten und blaue Schuhschürzen.
 B. Tuch, breiten Körper und Lederwaren lt. Muster.
 C. Lieferung von Bettenstroh.
 D. Bekleidung von 80 Personen.
 E. Paffong, Zinn-, Zink-, Blech-, Eisen-, Messing-
 und Würfelnwaren.
 F. Einrichtung aus hartem und weichem Holz.

G. Irdenen- und Glasgeschirres, wird eine schrift-
 liche Offertverhandlung vorgenommen.

Die Lieferungsbederber haben ihre mit Stempel
 versehene eigenhändig unterschriebenen Offerte mit ge-
 nauer Angabe ihrer Wohnung, dann des, mit Ziffern
 und Buchstaben ausgedrückten Einheitspreises, welchen
 sie für jeden Artikel ansprechen und mit der Erklärung,
 daß sie sich den Lieferungsbedingungen unterziehen und
 ihr Offert für jeden einzelnen der ausgeschriebenen Ar-
 tikel Geltung habe, unter gleichzeitiger Erlage des
 10perc. Rabiums längstens bis 3. August 1863,
 Abends 6 Uhr, in der Irren-Anstalts-Kanzlei einzubrin-
 gen, woselbst die Muster und die Lieferungsbedingun-
 gen am dem 31. d. M. von 8-2 Uhr, eingesehen wer-
 den können.

Hermannstadt, am 18. Juli 1863.

Die Direktion der siebenb. Landes-
 Irren-Anstalt.

Nichtamtlicher Theil.

Local-Anzeiger.

Theater in Hermannstadt.

Heute Montag, den 20. Juli 1863, unter der Direction
 des Ed. Hama.

Auf Allgemeines Verlangen.

Zum dritten Male:

Orpheus in der Unterwelt.

Romische Oper in 4 Acten, von Hector Cremeur.
 Musik von M. J. Offenbach.

Mittwoch, den 22. Juli 1863:

Kunst- und Luft-Feuerwerk

des geprüften Pyrotechnikers Josef Schintzky, in der
 bürgerl. Schießstätte nächst der Militär-Schwimmschule.
 Das Nähere besagt der Anschlagzettel, Billeten sind
 bis zur Cassa-Eröffnung in der Conditorei des Herrn
 Klaus in der Heltnergasse und im Schweizer-Pavillon
 auf der Promenade zu bekommen.

Fremden-Liste.

Angelommen am 18. u. 19. Juli 1863:

Stadt Wien:

Ladislav Tiska, Grundbesitzer von N.-Csau; Ignaz Hor-
 vath, Grundbesitzer von Kővösd; Maria Eitel, Apothekergattin
 von Kimmil.

Ungarische Krone:

Stephan Ugron, Beamter von Klausenburg; Eduard Kun-
 nert, Geschäftsfreier von Brünn; August Bülster, Handelsagent
 von Debreczin.

Römischer Kaiser:

Dr. Adolf Rein, Advokat von Mediasch; Johann Föld-
 vari, Gutsbesitzer von Klausenburg; Franz Mit, Kaufmann von
 Klausenburg; Heinrich Wiffelsbacher, Kaufmann von Schäßburg.

Mediascher Hof:

Jean Murefiam, Handelsmann von Wien.

Reumüller:

Samuel Schüttele, Hofrichter von Buzarek.

Öffentlicher Dank.

Ich kann es nicht Außeracht lassen den Herrn
 Schullehrer der öffentlichen Mädchenschule A. C. in
 Hermannstadt Simon Fielker, für seinen an der Schü-
 lerin E. Rammner, durch bloß 3 Monate gegebenen
 guten Unterricht zu danken und denselben überhaupt allen
 Aeltern denen das Wohl ihrer Kinder besonders am
 Herzen liegt, höchlichst anzuempfehlen.
 G. H.

Aviso

für die P. T. Herrn Landtagsgäste.

Im Hinblick auf den bevorstehenden Landtag hat
 der Gefeirtigte alles aufzuboten, um den mannigfachen
 Bedürfnissen in Nürnberg, Galanterie- und Parfü-
 merie-Waaren, in Jagd- und Rauchrequisiten bestmög-
 lich entgegen zu kommen, und es erlaubt sich derselbe
 daher aufmerksam zu machen, auf seine reichhaltige
 Auswahl von echt türkischen und Badner-Weichsel
 Eschibutöhren, Massa- und Meeresschaumseifen, des-
 gleichen Cigarrenspitzen neuester Façon, alle Arten von
 Haar- und Kleiderbürsten, Kämme aus Kautschuk, Waf-
 felhorn und Eisenbein, Briefpapiere und Couverts (100

Stück sammt Couvert 1 fl. ö. W.), ein großes Sorti-
 ment von Cigarrentaschen- und Fäler, Albums und
 Portemonais; Reise-Herrn-Necessaires, Reisekoffer, Ta-
 schen-Spiegel und Rasierkatalen; Seifen, Pomaden,
 Haardöle, Eau d'Cologne, Zahnpasten und Parfüms
 aus den vorzüglichsten Quellen, worunter namentlich
 das echte „Englisch Essbouquet“ besonders anempfehl-
 lungswürth; endlich auch Lütticher- und Felercher-Ge-
 wehre sammt den nöthigen Jagdrequisiten und eine
 Auswahl von Brillen zu noch nie dagewesenen Preisen,
 ebenso und zwar hauptsächlich für Studenten Kalbe-
 der-Felleisen per Stück à 1 fl. 20 kr., 1 fl. 50 kr.
 2 fl. ö. W.

Hermannstadt, im Juli 1863.

Johann Lurz,
 Heltnergasse No. 144.

Friedrich Schwabe,

landesbefugter Zahnkünstler und

Albert Schwabe, Sohn

dipl. Zahnarzt,

sind von ihrer Vereiung zurückgekehrt und empfehlen
 sich zu allen bereits bekannten zahntechnischen und zah-
 ärztlichen Leistungen.

Zu einer gründlichen Beleuchtung der gegen-
 wärtigen außerordentlichen Fortschritte der Zahnrecht
 glauben wir im Interesse aller Theilnehmenden auf das
 neueste populäre Fachschriften:

Das künstliche Vulkanit-Gebiß

von Dr. Carl Maria Faber, Wien und Leipzig, 1863.
 Preis nur 20 Nkr.

(Vorräthig bei Th. Steinhausen in Hermannstadt)
 angelegentlich aufmerksam machen und dessen leichte
 Anschaffung um so mehr empfehlen zu müssen, als die
 ausgebildeten Leistungen unseres Verufes — bisher bei-
 nahe nur ein günstiges Eigenthum bemittelter Stände —
 ohne Zweifel nunmehr und mehr auch zum wichtigsten
 Gemeingute aller derselben zu werden, ihrer allgemei-
 nen Natur nach vollkommen geeignet sind.

Ältere unbrauchbar gewordene oder
 besäthigende Goldgebisse werden im entsprechenden
 Werthe von uns angenommen und auf Verlangen durch
 die besten Vulkanit-Gebisse billigt und bereit-
 willigt ersetzt.
 Hermannstadt, den 18. Juni 1863.
 Wohnung und Atelier: Heltnergasse No. 134, 1. Stoc.
 11-12

Echt französischer Champagner garan- tirt, absolut Prima Qualität

à 4 fl. 25 kr. per Bouteille, zu haben bei J. F.
 Schneider, am großen Platz. 2-3

Haus-Verkauf.

Das Haus No. 53 in der großen Gewehrgasse
 ist aus freier Hand zu verkaufen, das Nähere im
 Hause No. 55 zu erfragen.

Willkommen für jeden Provinzbewohner.

Da ich mich schon seit einigen Jahren mit Commissionen jeder Art befaße und mir die Zufrie-
 denheit vieler hundert Provinzbewohner durch die reelle Ausführung der Aufträge erworben habe, mache ich
 öffentlich bekannt, daß ich Aufträge, mögen diese die größten, kleinsten oder schwierigsten sein übernehme
 und wegen meiner großen Bekanntheit in jedem Fache, sowohl im In- als auch im Auslande in den Stand
 gesetzt bin, Alles ausfallsig zu besorgen; auch werden jeder Art Reparaturen, die in das Galanteriefach
 einschlagen übernommen. In Verbindung mit diesem Commissionsgeschäfte habe ich ein reichhaltiges Lager
 sowohl in häuslichen wie auch Kurzgegenständen, ferner Zeichen- und Schreibrequisiten, Porcellan und Glas-
 waaren, Goldbroncegeschmuckwaaren, Holz-, Wein-, Metallgalanteriewaaren, besonders geeignet für jede Art
 Geschenke.

Preisblätter über alle am Lager habenden Waaren werden Jedermann gratis franco zugesendet.
 Bei Vorauszahlung einer kleinen Angabe im Verhältniß des Auftrages wird jede Commission bestens effec-
 tuirt; der kleinste Versuch liefert den Beweis.

Die Herren Spielwaarenhändler werden aufmerksam gemacht, daß ich eine Filiale mehrerer Aus-
 länder Spielereiwaren-Fabriken habe und dadurch allen Spielwaaren-Niederlagen Concurrenz biete.

Die P. T. Leser werden aufmerksam gemacht, daß diejenigen, welche sich meiner Annonce als Ver-
 schrift bedienen und dieselben Preise notiren, durchaus nicht in der Lage sind, dieselbe Qualität von
 Waaren zu veräußern, da ich nur wegen meiner sehr geringen Regie und mäßigem Nutzen zu solch
 gedrückten Preisen verkaufen kann.

Es gilt nur eine Probe,

um sich von den wahrhaft staunend billigen Preisen der unten verzeichneten Gegenstände zu überzeugen.

Alle Waaren werden unter Garantie der besten Qualität verkauft.

Für die P. T. Herrn Photographen und Pho-
 tographie-Bildes-Albuns.

Nur des großen Umfanges wegen, kann ich jedem Hän-
 der der unten verzeichneten Gegenstände bedeutende Kon-
 turenz bieten. Eine kleine Probe liefert den Beweis
 der Wahrheit.

Photographie-Bildes-Albuns.

- 1 Stück für 25 Bilder in Leinwand . . . fl. — 70
- 1 " schön angefaßt, mit vollem Goldschnitt . . . fl. 1.30
- 1 " in Leder sehr elegant . . . fl. 2. —
- 1 " in Leder, extra fein . . . fl. 2.50 bis fl. 3. —
- 1 " für 50 Bilder in Leinwand . . . fl. 1.90
- 1 " für 50 Bilder in Leder . . . fl. 2.60 fl. 3. —
- alle obigen Sorten sind mit echtem Goldbronce-Beschlag.
 Es ist zum Staunen.
- 1 Album mit 12 Bildern des allerhöchsten Kaiserhauses,
 oder der Abgeordneten im Reichsrathe, wie auch berühm-
 ter Schauspieler, etc. nur um . . . fl. — 65

Photographie-Rahmen.

- 1 Stück Bistarten-Format, fein Holz gefirnigt . . . 6 kr.
- 1 " Bistarten-Format, fein verziert . . . 16 kr.
- 1 " von Bronze . . . 30 kr.
- 1 " aus Sammt, feinst . . . 25, 30, 35, 40 kr.
- nebst großer Auswahl anderer Formate.

Herren-Halbbinden.

- 1 Stück weiß, Ball . . . 30 kr.
- 1 " schwarz oder färbig, Seide . . . 35 kr.
- 1 " feinst, Atlas . . . 60-66 kr.
- nebst einer großen Auswahl anderer Sorten.

Neues Lager französischer Glacé-Handschuhe.

- 1 Paar mit 1 Knopf für Damen . . . 65 kr.
- 1 " mit 2 Knöpfen für Damen . . . 85 kr.
- 1 " mit 1 Knopf für Damen tambourirt . . . 80 kr.
- 1 " mit 1 Knopf für Herren glatt . . . 75 kr.
- 1 " mit 1 Knopf für Herren tambourirt . . . 90 kr.

Handschuhe für P. T. Militär.

- 1 Paar fein von Hirschleder . . . 60, 70, 80 kr.
- 1 " fein mit 2 Knöpfen . . . 90 kr.

Das österr. Commissions-Geschäft des Adolt Friedmann,

Praterstraße, No. 26 in Wien. 2-3



von Franz Joh. Kwizda in Korneuburg.
 Durch das dem Erzeuger dieses Fluidums erst nach erfolgter prak-
 tischer Anwendung und Erprobung durch eine hohe k. k. österreichische

Sanitätsbehörde von Sr. Majestät dem Kaiser Franz Joseph dem I.
 für den ganzen Umfang der österreichischen Staaten verliehene ausschließ-
 liche Privilegium wird die Anführung der damit erzielten Erfolge über-
 flüssig, und führen wir hier nur die betreffende Urkunde im Auszuge an:

Wir Franz Josef der Erste, von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich, König
 von Ungarn und Böhmen, der Lombardei und Venetiens, von Dalmatien, Croa-
 tien, Slavonien, Galizien, Podomeren und Illyrien; Erzherzog von Oester-
 reich etc. etc.

„Nachdem Uns Franz Joh. Kwizda, Apotheker in Korneuburg, allern-
 terhöchlich vorgelegt hat, daß er die Erfindung eines Waschwassers für Pferde,
 genannt: „Restitutions-Fluid“, gemacht habe, auf welche Erfindung er
 um ein ausschließendes Privilegium bittet, und nachdem diesfalls alle in dem
 Patente vom 15. August 1852 vorgeschriebenen Formalitäten erfüllt worden
 sind: so haben Wir Uns bewegen gefunden, dem Franz Johann Kwizda, seinen
 Erben und Gesonanten für die genannte Erfindung ein ausschließendes Privile-
 gium in den gesammten Ländern Unseres Reiches zu verleihen.“

„Zu dessen Befestigung haben Wir gegenwärtige Urkunde in Unserem Namen
 ausfertigen und selbe mit Unserem kaiserlichen Inseel betätigen lassen.“

„So gesehen in Unserer kaiserlichen Haupt- und Residenzstadt Wien, am
 dreihundertzwanzigsten Tage des Monats Februar, im Jahre des Heils Eintausend
 achtundsechzig und drei, und Unserer Reichs- am Kaiserlichen Hofe.“
 (L. S.) Franz Joseph.

Dieses Restitutions-Fluid erhält das Pferd bis in das höchste
 Alter stets ausdauernd und muthig, verbindet das Steifwerden der
 Pferde, und dient insbesondere zur Stärkung vor und Wiederkräftigung
 nach größeren Strapazen.

Preis einer Flasche 1 fl. 40 kr. ö. W.
 Weniger als zwei Flaschen können nicht versandt werden; die Packung
 wird mit 30 Nkr. berechnet.

Es t z u b e z i e h e n :
 In Hermannstadt bei Herrn J. F. Zöhner.
 „Klausenburg bei J. Wollf.
 „Kronstadt bei J. L. & A. Hessheimer & Comp. 1-5

Erste mit
 des Sonntags täg-
 stet für das hal-
 5 fl., das Viertel-
 50 fr., den Mona-

Mit Postverse
 halbjährig 7 fl.
 vierteljährig 3 fl.
 öst. Währ.

Redakteur
 Heinrich Sch

Nro. 17
 IX. Sizur

Auf der W
 Degenfeld, L

laubegehrte erleb
 delministerium,
 nossen vorgelesen
 Regierung die vor-
 ten Schienen sow
 als auch zur St
 wachung und Pr
 erzeugten Schiene
 klärt, die Petition

Nachdem ne
 Präsident dem H
 bringt mit folgen-
 digen Staatsvor
 Ende December

„Seine k.
 der bereits in de
 mit nunmehr mit
 gung ertheilt, de
 dem Entwurf des
 jungsmäßigen We
 schles beehre ich
 zu überreichen.“

Der vorlie
 der Dauer der
 neren Anlage
 und bedarf zunäc

Die zahlre
 schaftlichen Kreise
 Rechnungen mit
 lange mühsamen
 jahre, das mit 9
 als Verwaltungs-
 der Finanzperiode
 Verhältnissen der
 zwar sowohl des
 daher im Einkla
 als Finanzperiode
 Staatsrechnung
 mit dem Jahre
 Maßregel stellte
 das Jahr 1864
 auch das Präden
 cember 1864 Jah
 periode des Jah
 vierzehnmon
 December 1864.

Der Finanz
 Darstellung des
 in die zwei Besp
 zweimonatliche a
 sammenge stellt w

Der Finanz
 äußere Form

Die
 über einige den
 über forswirtlich
 Das frucht
 gen Früchte und
 nach Südde
 Schlachtvieh ver
 wies ausführen
 sein und nur de
 tetungarisch und
 schlechte Centen
 ten und kurze
 gleich 2 Thaler
 greiflicher, wenn
 ligen Preis k
 ersehen kann.
 Bohnen, Erbsen
 und Schwarzwur-
 weizen, — 48
 300 Pfd. Wint
 leicht auszureich
 Dänen wegen d
 kauft werden u
 sind, die vorth
 können, auch G
 zucht leidet in
 Dünger und de
 schendwerth wü